Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 46 — Dienstag, den 24. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Ueberschicht!

Die Tatsache, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet auf die Vorstellungen des Reichskanzlers Bauer und des Reichsarbeitsministers Schlicke hin den achtzehnstündigen Arbeitstag bewilligten, ist von so großer allgemeiner Bedeutung, daß man auf sie noch einmal in breiterem Rahmen zurückkommen muß. Herr Bauer hat in längerer Darstellung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" persönlich auf die günstigen Wirkungen hingewiesen, die der Entschluß der Ruhrarbeiterschaft auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben haben kann, und dem ist an sich nichts zuzufügen. Hier soll auch nur auf die großen Zusammenhänge hingewiesen werden, die angesichts des Zugeständnisses der Überschichten von seiten der Arbeiter im Auge behalten werden müssen. Es ist immer wieder von neuem festgestellt worden, daß Deutschland weder in außen- noch in innenpolitischer Beziehung aus dem jetzigen nationalen Tiefstand herauskommen kann, wenn bei uns nicht gearbeitet wird. Ungeduldige Kritiker der Regierungen haben daher auch seit langem nach Gewaltmaßregeln gerufen, ohne zu bedenken, daß auch die stärkste Kraftäußerung verpufft oder die übelsten Folgen mit sich bringt, wenn sie nicht den richtigen Augenblick abwartet. Man stelle sich doch nur einmal vor, was geschehen wäre, wenn die Regierung vor drei, vier Monaten oder gar noch früher mit Gewalt gedroht hätte. Wir haben eben erst erlebt, welch schwere Kämpfe es kostete, um den unabhängig-kommunistischen Vorstoß mit dem Ziele des Sechsstundentages abzuwehren. Heute hat der Reichskommissar Severing nun erfreulicherweise in der Gesamtlage schon soviel Rückhalt, daß er und die Reichsregierung im Namen des deutschen Volkes erklären konnten, das Problem einer verlängerten Arbeitszeit müsse eine günstige Lösung finden, da sonst die Staatsgewalten zu anderen Mitteln zu greifen gezwungen wären. Der radikale Teil der Arbeiterschaft hat das selbstverständlich als unzulässige Drohung aufgefaßt, aber innerhalb der besonnenen Mehrheit ist die Einsicht in die Bedingungen des Wirtschaftsprozesses heute schon soweit vorgeschritten, daß die Hetzer kein Gehör mehr finden. Es sollen und werden Überschichten verfahren, und diesem ersten Schritt zur Wiedergesundung werden naturnotwendig weitere folgen. Was solange vergeblich angestrebt worden ist, wurde zur Wirklichkeit, und schon zeigen sich die erwarteten Konsequenzen. Auch unsere Valutanot ist nur aus einem Punkte zu heilen: arbeiten und mehr arbeiten als die anderen. Wenn die neue Einrichtung von Überschichten von Dauer bleibt oder gar ausgebaut wird, wenn durch die Zufuhr von Kohlen die große Wirtschaftsmaschine in schnelleren Gang kommt, dann werden auch die deutschen Zahlungsmittel langsam an Wert zunehmen, dann werden sich die Lebensmittel verbilligen, die Lebenshaltung des Einzelnen wird aus dem anormalen heutigen Zustand wieder auf normalere Bahnen gelangen, und die Welt draußen wird erkennen, daß Deutschland sich wieder auf den Weg zurückzufinden beginnt, auf dem es früher mit Bewunderung und heimlichem Neid in so beschwingtem Schritt hat vorwärts schreiten können. Der Regierung wird es also obliegen, den neuen Vertrag mit der Bergarbeiterschaft gegen jede Beeinträchtigung und jeden Stimmungsumschwung zu schützen, damit mit jedem Waggon Kohle, der aus dem Ruhrgebiet abrollt, die Parole ins Land getragen wird, in deren Zeichen allein die Wiederaufrichtung Deutschlands erreicht werden kann: Überschicht! Überschichten im Bergbau, Überschichten in der Industrie, Überschicht im Arbeitstag jedes einzelnen — eines muß das andere nach sich ziehen, damit gleichzeitig mit dem Mehr an Arbeit auch ein Mehr an Erzeugung erreicht wird, auf dem wir Stufe um Stufe wieder emporsteigen.

Nach dem Frieden.

Bisher 190 000 Gefangene aus Frankreich zurückgekehrt.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit daß seit dem 20. Januar insgesamt 190 000 Mann, darunter über 43 000 Offiziere, aus den Gefangenenlagern Frankreichs zurückgekehrt sind. Der Abtransport vollzieht sich andauernd planmäßig.

Teilnahme Deutschlands an der internationalen Finanzkonferenz.

Haag, 23. Febr. Nach Ansicht maßgebender Finanzleute wird die Entente Deutschland auffordern, die internationale Finanzkonferenz zu beschicken. Man ist sich augenscheinlich darüber klar geworden, daß erfolgreiche Finanzbesprechungen unter Ausschluß der Mittelmächte ausgeschlossen sind. Deutsche Finanzsachverständige sollen auf der Konferenz Vorschläge zur Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens machen.

Poincaré Präsident der Wiedergutmachungs-Kommission.

Paris, 23. Febr. Zum Präsidenten der Reparationskommission wurde der frühere Präsident der Republik Poincaré ernannt. Die Blätter begrüßen diese Ernennung als besonders günstiges Ereignis für Frankreich und hoffen, daß Poincaré mit aller Kraft Deutschland zwingen werde, die finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen.

Die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte.

Aus Berlin wird berichtet: Nachdem die größeren Schiffe der deutschen Handelsflotte bereits der Entente übergeben worden sind, ist nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nunmehr auch der Rest der Schiffe über 1000 Tonnen abzuliefern. Eine diesbezügliche Note der Entente liegt bereits vor. Zur Ausführung auch dieser Bestimmung des Schandvertrages erläßt der Reichsminister für Wiederaufbau eine Bekanntmachung über die Enteignung der deutschen Handelsschiffe über 1600 Tonnen. Hiernach sind alle Schiffe mit einem Raumgehalt von 1600 Bruttoregistertonnen und darüber für das Deutsche Reich zu enteignen, welche die deutsche Handelsflagge führen oder einem deutschen Reichsangehörigen angehören. Die Besitzer der enteigneten Schiffe sind zur Herausgabe verpflichtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung die enteigneten Schiffe bis zum 10. März d. J. spätestens den alliierten und assoziierten Regierungen zu übergeben hat. Die Schiffe sind bis zur Abgabe vom früheren Besitzer in Pflege zu halten. Gleichzeitig erfolgt im „Reichsanzeiger" eine weitere Verfügung, wonach die Enteignung der Schiffe von 1000 bis 1600 Tonnen angekündigt wird. Vor der Auswahl dieser Schiffe wird auf Vorschlag des Kriegsausschusses der deutschen Reederei eine Kommission gehört werden. Mit der Durchführung der Abnahme und Ablieferung der enteigneten Schiffe wird ein Ablieferungskommissar mit dem Sitze in Hamburg betraut. Dieser wird die erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen treffen, um die enteigneten Schiffe entgegen zu nehmen und abzugeben.

Die Revision der Auslieferungsliste.

Das Reutersche Büro meldet aus Paris: Der französische Ministerrat hat beschlossen, seine Vertreter auf der Revisionskonferenz anzuweisen, nur diejenigen von Frankreich zur Aburteilung aufgeforderten Deutschen von der Auslieferungsliste abzusetzen, für deren Verfehlungen Zeugen nicht namhaft zu machen sind.

Keine Antwort an den Kronprinzen.

Der „Excelsior" meldet: Die Alliierten beschlossen, dem deutschen Kronprinzen auf sein Angebot freiwilliger Stellung nicht zu antworten.

Frankreich bricht das Auslieferungsabkommen.

Zürich, 23. Febr. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" aus Paris hat der Generalstaatsanwalt angeordnet, daß die bereits angeordneten Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, die wegen Verbrechen im Krieg angeklagt sind, fortzusetzen sind. Es ist sogar mehr als 300 deutsche Kriegsgefangene Anklage erhoben worden.

Poincarés Aufgabe in der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 22. Febr. „Echo de Paris" schreibt zur Ernennung Poincarés zum Vertreter Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission:

In diplomatischen Kreisen setzt man große Hoffnungen auf die Anwesenheit Poincarés in der Wiedergutmachungskommission. Die erste Anstrengung des neuen Vorsitzenden werde sich der Frage der Fristen für die Besetzung der Rheinlande zuwenden. Es sei nur zu sicher, daß die feste Haltung, die Ministerpräsident Millerand in dieser Frage eingenommen, Widerstand in der Wiedergutmachungskommission hervorgerufen habe. Diese habe nicht geglaubt, sich der Aufhebung der Fristen, die der französische Ministerpräsident Deutschland angedroht habe, anschließen zu können. Es sei nunmehr zu hoffen, daß die Autorität Poincarés in dieser besonders bedeutsamen Frage ein glücklicheres Ergebnis haben werde.

Eine italienische Stimme für die Revision des Versailler Vertrages.

„Corriere d'Italia" bringt einen anonymen Aufsatz, wie es heißt, von einem sehr autoritativen Verfasser über die Notwendigkeit einer Revision des „Friedensvertrages". Die Gestaltung des Friedens müsse aus den Händen des Obersten Rates genommen und dem neuen Völkerbund übertragen werden, dem alle Kriegführenden und Neutralen angehören und der 1. eine Revision des Vertrages unter Beibehaltung der im Oktober 1918 beiderseits angenommenen Wilsonschen Richtlinien durchführen soll; 2. das Verkehrswesen reorganisieren; 3. die Finanzkrise beheben und 4. das russische Problem lösen müsse.

Die Verteilung der Beute.

Paris, 23. Febr. Nach dem „New York Herald" hat die Botschafterkonferenz in ihrer vorgestrigen Sitzung Frankreich, England und Südslawien vier Schiffe und Deutschland der deutschen und der österreichischen Marine zugesprochen. Diese Dons könnten jedoch nur für Handelszwecke benutzt werden. Frankreich hätte jedoch die zeitliche Erlaubnis erhalten, sie zur Wiederflottmachung von Unterseebooten zu verwenden. Die Botschafterkonferenz habe ferner beschlossen, daß das Schiff „Rheinland", das augenblicklich in einem deutschen Hafen im Bau begriffen ist, versenkt werden soll.

Friedenszustand mit Amerika.

Kopenhagen, 23. Febr. Wie „Politiken" aus London erfährt, hat der amerikanische Senat erklärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Friedenszustand bestehe. Es soll eine internationale Konferenz einberufen werden, die sich mit den Fragen des Wiederaufbaues beschäftigt. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, drei Vertreter zu dieser Konferenz, die im Mai stattfinden wird, zu entsenden. Die amerikanische Regierung wird hierfür 15 Millionen Dollars zur Verfügung stellen. Diese Meldung hat in England großes Aufsehen erregt. Die Presse fragt, ob es sich um eine neue Friedenskonferenz handelt, enthält sich jedoch vorläufig aller Kommentare.

*

Millerand und Wilson.

Aus Paris wird berichtet: Millerand, der dieser Tage wieder nach London fährt, steht vor einer schweren Aufgabe, eine Lösung aller Fragen herbeizuführen, von deren Gestaltung die gesamte politische Lage Europas in der nächsten Zeit abhängen wird. Nachdem Wilson in der Adriafrage offen für die Südslawen und gegen Italien Stellung genommen und Lloyd George sich auf die Seite Italiens geselllt haben, steht Millerand vor dem folgenschweren Entschluß, ob er sich für Amerika und Südslawien oder für England und Italien entscheiden soll. Er weiß genau, daß England an einer Mitarbeit Amerikas bei der Neugestaltung Europas nichts mehr gelegen ist und daß andererseits die öffentliche Meinung einen offenen Bruch mit Amerika ungern sehen würde. Erklärt sich Millerand gegen Wilson in der Adriafrage, so wäre damit die Zurückziehungdes Versailler Friedens von den Beratungen des amerikanischen Senats vollendete Tatsache und damit schwindet auch die Möglichkeit, daß der amerikanisch-französische Bündnisvertrag in Kraft treten wird. Von der Verwirklichung des amerikanisch-französischen Bündnisvertrages macht aber Lloyd George den französisch-englischen Garantievertrag abhängig. Einem Vertreter des „New Norf Herald" wurde von bedeutenden französischen Politikern gesagt, daß es ein Unglück für Frankreich wäre, wenn Amerika den Versailler Frieden nicht mehr anerkennen wolle, da damit der ganze Mechanismus gestört werde, der den Weltfrieden sicherstellen solle. In London muß Millerand sich entscheiden, ob er künftig mit Amerika zusammengehen will.

Neueste Nachrichten.

Internationale Wiederaufbau-Konferenz.

Kopenhagen, 23. Febr. (T.-U.) Wie „Politiken" aus Washington meldet, soll eine Konferenz einberufen werden, die sich mit der Frage des Wiederaufbaues beschäftigen wird. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, drei Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden, die im Mai dieses Jahres abgehalten werden soll. Die amerikanische Regierung will hierfür 15 Millionen Dollar zur Verfügung stellen.

Eine internationale Wirtschaftskonferenz in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 23. Febr. (T.-U.) Am 30. April und am 1. Mai 1920, kurz vor Beginn der hiesigen Frühjahrsmesse, findet hier eine internationale Wirtschaftskonferenz statt. Die Einladung hierzu geht von der Stadt, der Handelskammer und den Vorsitzenden der bedeutendsten Wirtschaftsverbände Deutschlands aus. Der Leitgedanke der Konferenz ist, die praktischen Kaufleute der verschiedenen Nationen zu einer vorurteilslosen Aussprache über die Möglichkeit der Verbesserung des internationalen Handelsverkehrs und die Herstellung dauernder friedlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern zusammenzuführen.

Die französischen Aussauger wollen mehr essen.

Koblenz, 23. Febr. (T.-U.) Die im besetzten Gebiet weilenden französischen Zivilpersonen haben eine Abordnung zu dem Präsidenten der internationalen Rheinlandkommission in Koblenz gesandt, durch die sie gegen die Einreihung in das deutsche Ernährungssystem Einspruch erheben. Sie verlangen eine Vorzugsstellung angesichts der Wichtigkeit ihrer Mission im besetzten Gebiet. (Wir können diese so wichtige Mission sofort entbehren!)

Neue Beratungen in London.

London, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Die Ministerpräsidenten von Frankreich und Rumänien, der italienische Minister des Äußern und die französischen Minister für die Lebensmittelversorgung und die Schiffahrt sind in London eingetroffen, um den Sitzungen des Obersten Rates beizuwohnen.

Die amerikanischen Vorbehalte gegen den Friedensvertrag.

Washington, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Reuterbüro meldet: Der amerikanische Senat hat mit 33 gegen 32 Stimmen einen Antrag auf Abänderung des Vorbehalts Lodges bezüglich des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund abgelehnt. Die unversöhnlichen Vertragsgegner von der republikanischen Partei gingen bei der Abstimmung mit den Demokraten zusammen. Der Senat nahm darauf mit 45 gegen 20 Stimmen wieder den ursprünglichen Wortlaut des Vorbehaltes Lodges an.

Nationalistische Radaubrüder.

Stuttgart, 23. Febr. (T.-U.) In einer hier gestern stattgefundenen Versammlung der Friedensgesellschaft führten nationalistische Elemente Sturmszenen herbei. Schon der erste Redner, der hessische Finanzminister Dr. Streeter, wurde beständig unterbrochen. Als dann Professor Dr. Nikolai sprechen wollte, wurden gegen ihn Beschimpfungen geschleudert, die eine Schlägerei zwischen Anhängern der Friedensgesellschaft und den Nationalisten auslöste, wobei einige Teilnehmer verletzt wurden.

Englische Beruhigung für Indien.

London, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Wie die englischen Blätter melden, ist der Vizekönig von Indien von dem Beschluß der Alliierten verständigt worden, daß der Sultan in Konstantinopel bleiben soll. Es sind Vorkehrungen getroffen, um diese Tatsache in ganz Indien amtlich bekannt zu geben. (Speck für die Mäuse!)

Irkutsk von den Bolschewisten besetzt.

Wladiwostock, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Verspätet eingetroffen. Die Sowjetarmee hat der Armee des Generals Koppel eine Niederlage zugefügt. Die Bolschewisten sind in Irkutsk eingezogen und haben mit den Tschechen einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Angriffe auf Polizeistationen in London.

London, 23. Febr. (T.-U.) Während der vorletzten Nacht wurden mehrere wohlorganisierte Angriffe auf Londoner Polizeistationen unternommen. Im Handumdrehen wurde ein Schußmann getötet und mehrere verwundet. Verschiedene Zivilpersonen wurden verhaftet.

Die Lage im Reiche.

Deutschlands ernste Geldnot.

Die Ständige Valutakommission ersucht die Regierung, auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages ehestens mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um aus denjenigen Beträgen, die laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Friedensvertrages bereits abgeliefert sind, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung und Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei starkster Einschränkung des Konsums unbedingt notwendig sind. Das Reich ist durch Abtrennung wertvoller Gebiete, durch die Wegnahme der Kolonien, der Kabel, des gesamten Vermögens im Ausland, der Schiffe, des Eisenbahnmaterials, der landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Liquidation der Firmen im Ausland so verarmt, daß ihm

ausreichende Mittel für Zahlungen im Auslande nicht mehr zur Verfügung

stehen. Noch nie ist nach Niederlegung der Waffen ein Volk wirtschaftlich und finanziell so grausam durch Ausbeutung, Hinziehen, Vorenthaltungen und Übertretungen der Abmachungen bedrückt worden, wie jetzt das deutsche. Seit den Waffenstillstandsverhandlungen, also seit fast 1½ Jahren, ist dem Deutschen Reiche jede verständige Finanzierung im Auslande unterbunden.

Nach Hergabe des Goldbestandes bis auf eine Milliarde Mark wurden die ausländischen Effekten, die im deutschen Besitze waren, zur Verfügung gestellt. Die Abnahme dieser Effekten wurde in unerhörter Weise verzögert. Ein Teil der Regierungen, die die betreffenden Effekten ausgegeben hatten, benutzte die Gelegenheit, um eine verbriefte Verpflichtung, in auswärtiger Valuta zu zahlen, nicht anzuerkennen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200224-12/fragment/page=0001

Durch Erlös dieser ausländischen Effekten konnten daher im Auslande bisher nur geringe Zahlungen geleistet werden. Eine Verfügung über den Erlös aus den Liquidationen und Sequestrationen war noch nicht möglich, da jede Abrechnung vorenthalten wurde. Zu alledem wurde die Oberhoheit des Deutschen Reiches an den Grenzen ausgeschaltet und die deutsche Regierung mußte mit ansehen, wie gegen ihren Willen Luxuswaren im Werte von Milliarden Mark ins Land strömten. Die Zahlungen in diesen 1½ Jahren mußten zum wesentlichen Teil durch Verkauf von Reichsbanknoten im Ausland und durch große neue Verpflichtungen in fremder Valuta ausgeführt werden. Der Valutamarkt mußte unter solcher Belastung zusammenbrechen. Wenn Deutschland nicht das gleiche Schicksal beschieden sein soll wie Deutsch-Ostarrreich, so müssen ihm aus den geleisteten Lieferungen so viel Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß es die zur Bezahlung der notwendigsten Nahrungsmittel in den nächsten Monaten erforderlichen Beträge aufbringen kann.

Die Ständige Valutakommission vertraut zuversichtlich darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Erfüllung des Friedensvertrages der deutschen Regierung die jetzt benötigten Summen, die im Art. 235 vorgesehen, freigeben wird. Sie hält sich zu diesem Vertrauen um so mehr berechtigt, als sie in der Erfüllung ihres Verlangens die Voraussetzung zur Aufrechterhaltung nicht nur des deutschen, sondern auch des West-Wechselmarktes erblickt.

*

Die Vereinheitlichung des Verkehrs.

Die Verhandlungen über die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahn- und Postwesens haben zu einem Ergebnis geführt. Was die finanziellen Bestimmungen betrifft, so haben die Einzelstaaten die Wahl zwischen zwei Abfindungsarten, entweder wird der Betrag des Anlagekapitals zuzüglich der Fehlbeträge während der Kriegsjahre oder ein rechnerisch zu ermittelnder Ertragswert zugrunde gelegt. Dieser Ertragswert ergibt sich, wenn man den Durchschnitt der Einnahmen aus den Jahren 1909 bis 1919 mit 25 multipliziert, was einer vierprozentigen Verzinsung gleichkommt. Das Reich übernimmt auch, wenn die Länder es wünschen, die Eisenbahnschulden in Anrechnung auf den Kaufpreis. Die Schulden werden berechnet, als wenn sie zu 4 Prozent verzinst würden. Wenn die Länder ihre Eisenbahnen nach dem Wert des Anlagekapitals an das Reich übergeben, so werden ihnen die Schulden mit 4½ Prozent verzinst. Preußen und Bayern werden ihre Bahnnetze wahrscheinlich nach dem Ertragswert übertragen, während die übrigen Länder das Anlagekapital in Anrechnung bringen werden.

Die Übergabe der bayerischen und württembergischen Post.

Nach den zwischen der Reichspost und der bayerischen und württembergischen Post getroffenen Vereinbarungen, die noch der verfassungsmäßigen Genehmigung bedürfen, soll die württembergische Post- und Telegraphenverwaltung gegen eine Vergütung von 250 Millionen und die bayerische Postverwaltung gegen eine solche von 620 Millionen Mark auf das Reich übergehen. Der Termin soll der 1. April sein.

Verhaftung von Kommunistenführern.

Münster, 22. Febr. Von militärischer Stelle wird mitgeteilt, daß durch Reichswehrtruppen eine in Duisburg tagende Bezirkskonferenz der kommunistischen und syndikalistischen Freien Arbeiterunion aufgehoben und 25 Teilnehmer verhaftet wurden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der seit langem steckbrieflich verfolgte Kommunist Holzapfel, der seit Niederwerfung der Münchener Räteherrschaft wegen Beteiligung an den Geiselmorden gesucht wird. Die Mehrzahl der Verhafteten ist nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Festnahme erfolgte auf Grund des Ausnahmezustandsgesetzes, wonach Versammlungen dieser Art gänzlich verboten sind. Eine Reichskonferenz derselben Organisation ist vor wenigen Tagen in Hannover aufgehoben worden, wobei, wie bekannt, sämtliche Teilnehmer festgenommen wurden.

In Düsseldorf gelang es, den bekannten Kommunisten Düwell, den Vater des unabhängigen Abgeordneten der Nationalversammlung, festzunehmen. Er wurde nach Sichtung des Materials und Vernehmung wieder freigelassen. Düwell stand in engen Beziehungen zu Karl Liebknecht.

Der Entwurf zur preußischen Verfassung.

Die „P. P. N." bringen einen Auszug aus der neuen preußischen Verfassung. Das Wahlrecht zum Landtag hat danach jeder in Preußen wohnende deutsche Reichsangehörige über 20 Jahre. Der Präsident des Landtags beruft den Ministerpräsidenten. Die Legislaturperiode dauert vier Jahre. Ein besonderer Finanzrat als Senat muß zustimmen, wenn über die Vorschläge der Staatsregierung hinaus Steuern, Anleihen oder ungedeckte Ausgaben vom Landtag beschlossen werden sollen. Die Befugnisse des früheren Königs erhält das Staatsministerium.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Danzig.

Danzig, 23. Febr. Der Magistrat hat sämtlichen städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Arbeit niedergelegt haben, gekündigt, da sie unter Bruch des mit dem Magistrat geschlossenen Tarifvertrages in sämtlichen städtischen Betrieben die Arbeit niedergelegt hätten.

Der Rücktritt des Polizeidirektors in Schleswig.

Kolding, 23. Febr. Der bisherige Polizeidirektor in Schleswig, Hauptmann David Braun, der gestern auf der Reise nach Kopenhagen Kolding passierte, ersuchte Nitzahl Büro, nachfolgende Erklärung zu veröffentlichen: Da ich mich mit der Internationalen Kommission betreffs des Zusammenarbeitens von Truppen und Polizei zur Verhütung von Unruhen nicht in Übereinstimmung befunden habe und da es mir klar ist, daß man den Unruhen hätte begegnen können, nicht zum mindesten in Flensburg, wenn man meinem Ersuchen um Mithilfe von Truppen beim Polizeidienst in vorbeugendem Sinne nachgekommen wäre, habe ich meinen Abschied als Polizeidirektor in Schleswig verlangt und erhalten.

Kundgebungen in der Nordmark.

Berlin, 23. Febr. In 25 Versammlungen fand gestern in der zweiten und in den Teilen der ersten Zone, die eine deutsche Mehrheit besitzen, in Flensburg eine Kundgebung der deutschen Schleswiger für ihr Recht statt. Außer in Flensburg wurden u. a. in Bau Rapstedt, Tondern und Hoyer Versammlungen abgehalten. In einer Versammlung auf dem Flensburger Exerzierplatz wurde der „D. Allg. Ztg." zufolge nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Wir Deutschen fordern unter Aufrechterhaltung unseres Protestes gegen die die Deutschen benachteiligenden Wahlbestimmungen als Nordgrenze eine Linie, die gleichgroße Mehrheiten auf beiden Seiten läßt. Schon auf Grund des vorliegenden Abstimmungsergebnisses müßte die Grenze mindestens bis zur Tidesinie zurückverlegt werden. Wir fordern, daß zur endgültigen Grenzziehung auch das Ergebnis in der zweiten Zone herangezogen wird. Nur auf der Grundlage des Rechts kann eine Verständigung von Volk zu Volk erreicht werden."

Politische Übersicht.

Kein russisches Friedensangebot an Deutschland.

Berlin, 23. Febr. Die „Deutsche Zeitung" teilte mit, der neuernannte Berliner Sowjetvertreter Herr Viktor Kopp habe von seiner Regierung den Auftrag, mit Deutschland über den Frieden zu verhandeln. Ein russisches Friedensangebot liege bereits vor. Diese Angabe entbehrt nach Mitteilung, die dem W. T. B. von zuständiger Stelle zugeht, jeder Begründung. Ebenso unrichtig ist die weitere Mitteilung der „D. Z.", sie habe im Auswärtigen Amt erfahren, daß im März allgemein Friedensbesprechungen der europäischen Großmächte mit Sowjetrußland stattfänden. Deutscherseits werde man sich diesen Verhandlungen anschließen. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich Deutschland mal Rußland seit dem Vertrag von Brest-Litowsk tatsächlich im Friedenszustande befindet. Der Artikel 116 des Versailler Vertrages, der die Nichtigkeitserklärung des Brester Vertrages festsetzt, hat gleichwohl an der Tatsache des Friedenszustandes nichts geändert.

Italien.

Die Gärung in Italien.

Lugano, 22. Febr. Vor dem Eisenwerk Ilva bei Neapel kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den ausgesperrten Arbeitern und Truppen. Die Arbeiter warfen Handgranaten, worauf die Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch machten. Über die Zahl der Toten und Verwundeten bringen die Blätter keine Nachrichten. — Der Präfekt von Mailand fordert infolge der immer größer werdenden Unsicherheit in den Straßen und in der Umgebung der Stadt zur Bildung freiwilliger Polizeitruppen auf, da die städtische Polizei nicht mehr genüge.

Die Italiener räumen Nordtirol.

Rom, 22. Febr. Die endgültige Abreise des Generals Rossi aus Innsbruck bedeutet tatsächlich die Aufhebung der italienischen Besetzung jenes Gebietes. Die italienische Behörde in Innsbruck ist in eine italienische Militärmission umgewandelt, das Personal ist auf das äußerste eingeschränkt worden.

Schweden.

Verschiebung der Regierungskrisis.

Kopenhagen, 23. Febr. „National Tidende" meldet aus Stockholm: Das Regierungsblatt „Dagens Nyheter" berichtet, daß die Regierungskrisis bis nach der Vorlegung der Vorlage über den Beitritt Schwedens zum Völkerbund verschoben worden sei.

Frankreich.

Millerand reist wieder nach London.

Paris, 23. Febr. Millerand ist am Sonntag mittag nach London abgereist. In demselben Zuge befand sich der italienische Minister des Äußern Scialoja, der italienische Friedensdelegierte Graf Scapini und der rumänische Ministerpräsident Vaidi.

Überstunden im französischen Bergbau.

Paris, 22. Febr. Wie „Petit Parisien" meldet, hat der Minister für öffentliche Arbeiten Lebrouner gestern Vertreter der französischen Bergarbeiter empfangen, die sich bereit erklärt haben, Überstunden zu leisten, um die Kohlenförderung zu erhöhen.

Türkei.

Ein englisches Geschwader in Konstantinopel.

Paris, 23. Febr. Nach einer Privatmeldung des „Temps" aus Konstantinopel ist ein englisches Liniengeschwader, bestehend aus fünf großen Schiffen und vier leichten Kreuzern, in Konstantinopel eingetroffen. Diese Demonstration habe einen starken Eindruck hervorgerufen.

Eine Schlacht bei Smyrna.

Aus Smyrna wird gemeldet, daß dort der Krieg unentwegt andauere. Eine regelrechte Schlachtfront hat sich entwickelt. Die Kämpfe nehmen tagtäglich ihren Fortgang. Ein Ende der Feindseligkeiten ist nicht abzusehen, obschon die Alliierten alles tun, um die Lage zu klären. Die türkischen Truppen sind gut ausgerüstet, stark mit Artillerie versehen und kämpfen mit größter Todesverachtung. Ihre Stärke wächst zusehends.

Nordamerika.

Das Programm der amerikanischen Republikaner.

Aus Washington wird gemeldet: Der republikanische Nationalausschuß zur Aufstellung des republikanischen Wahlprogramms entschied sich in einer Entschließung für die Ratifizierung des Friedensvertrages die Aufrechterhaltung der Monroedoktrin und gegen die Verpflichtung zur Entsendung amerikanischer Truppen ohne Genehmigung des Kongresses, ferner für die Annahme der Arbeitsregelungsklausel und die Ratifizierung des Artikels 10 des Völkerbundes. Die Entschließung sagt hinzu, daß der Völkerbund befest sei, da er in den internationalen Streitfragen nur Diskussionen an Stelle des Rechts setze.

Deutschland.

Fort mit Erzberger! Der Gesamtvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Elberfeld nahm folgende Entschließung an: „Nach dem ungünstigen Bild, das die Berichte über den Prozeß Erzberger-Helfferich von der Tätigkeit des Reichsfinanzministers Erzberger ergeben, erscheint dem Vorstand der Deutschen demokratischen Partei Elberfeld ein längeres Verbleiben Erzbergers im Reichsfinanzministerium nicht angängig."

Die Klubiesselwirtschaft.

Die Vorgänge, die zur Verhaftung des Leiters der Reichsfischversorgung Rathan führten, haben immer noch keine genügende Aufklärung gefunden. Die Reichsfischversorgung selber, ihre führenden Persönlichkeiten und ein Teil der Presse ist über die Verhaftung des Direktors Rathan empört. Diese Seite behauptet, daß die Reichsfischversorgung korrekt gehandelt habe und daß all ihre Maßnahmen und Preisfestsetzungen im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium geschehen seien. Man wird aber sagen müssen, daß die Öffentlichkeit solchen Argumenten nicht zu folgen vermag. Wie lag denn die Sache? Rheinische Fischhändler hatten aus Holland Fische bezogen. Für diesen Import hatte die Einfuhrerlaubnis gefehlt, die Reichsfischversorgung ließ also die Ware beschlagnahmen. Bis hierhin läßt sich die Korrektheit ihres Vorgehens nicht bestreiten: Wenn wir einmal aus Valutagründen Einfuhrverbote haben, müssen sie respektiert werden. Aber was ist weiter geschehen? Die Reichsfischversorgung bezahlte für die beschlagnahmte Ware ungefähr 80 ℳ pro Tonne und gab sie dann erst für 450 ℳ pro Tonne zum Verkaufe frei. Das ist es, was die Öffentlichkeit nicht versteht. Das Richtige und Reinliche wäre doch gewesen, die Ware nun an die minderbemittelte Bevölkerung zu dem möglichst niedrigsten Preise abzugeben — also nur um ein ganz klein wenig teurer, als sie die Reichsfischversorgung infolge der Beschlagnahme erworben hat. Warum mußte denn nun die Waare 400 ℳ pro Tonne verteuert werden? Es will gar nichts besagen, wenn nun behauptet wird, die Gewinne der Reichsfischversorgung flössen ganz in die Tasche des Reiches. Dann macht das Reich eben Gewinne auf Kosten der notleidenden Bevölkerung. Weil diese die Waren, die ihr durch die Kriegsgesellschaften zufließen, so teuer bezahlen muß, reicht niemals das Einkommen der minderbemittelten Bevölkerung aus. Darum muß der Staat immer wieder die Söhne seiner Arbeiter und die Gehälter seiner Beamten steigern. Was er durch seine Beteiligung an den sogenannten Verdiensten der Kriegsgesellschaften verdient und in die eine Tasche steckt, muß er dann aus der andern Tasche wieder ausgeben — auf dem Umwege über eine überzahlte von unnützer Organisation, Bürokratie, Schreiberei und Klubiesselwirtschaft.

Das Unsinnige des Systems der Zwangswirtschaft hat selten ein Fall so schlagend bewiesen, wie das Beispiel von der Reichsfischversorgung.

Provinz und Umgegend.

† Weißenfels, 23. Febr. Der 13jährige Schüler Karl Kubaschewski aus Teuchern wurde auf der Zeitzer Bahnstrecke in der Nähe hiesiger Stadt vom Zuge überfahren tot aufgefunden. Angeblich hat sich der Knabe vor die Lokomotive geworfen, weil er sich einige geringfügige Vergehen zuschulden kommen ließ.

Merseburg und Umgegend.

23. Februar.

(weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Appell an die Einsicht der Bevölkerung.** Eine die Allgemeinheit schwer schädigende Betätigung ist in letzter Zeit mehr wie früher dadurch eingerissen, daß Unbefugte fortgesetzt außerhalb der öffentlichen Fußwege und auerselbein über bestellte Äcker und Wiesen gehen. Unter Bezugnahme auf die Strafbestimmungen in § 362 unter 5 des Reichs-Strafgesetzbuches wird darauf hingewiesen, daß bei den Ernährungsschwierigkeiten alles vermieden werden muß, was die nächste Ernte an Getreide und Futtermitteln schädigt. Allein der letztere Umstand soll genügen, daß die Bevölkerung diesem Unfug Einhalt gebietet.

** **Viehausfuhr nur mit Genehmigung des Landratsamtes.** Wie der komm. Landrat bekanntgibt, können die mit dem Feststellungen Auftrauf von Rindvieh für den Feindbund beauftragten Viehhändler zwar das Vieh aufkaufen, müssen es aber in den Stallungen der Verkäufer belassen, bis vom Viehhandelsverband die Abnahme angeordnet ist. Jede Viehausfuhr aus dem Kreise ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Landratsamtes zulässig. Auch das für den Feindbund angekaufte Vieh ist hiervon nicht ausgenommen. Es sind die Gendarmeriewachtmeister angewiesen, alle Viehtransporte streng zu überwachen, welche ohne schriftliche Genehmigung des Landratsamtes bezw. ohne einen Landratsausweis des Viehhandelsverbandes transportiert werden, selbst dann, wenn sie für den Feindbund angekauft sind. Jeder Verkäufer ist dafür haftbar, wenn er für den Feindbund angekaufte Tiere ohne landrätliche Genehmigung herausgibt.

** **Das Verbot von Versammlungen.** Der Militärbefehlshaber hat folgendes angeordnet: Der Kommandeur des 1. Landesjäger-Regiments erhält die Ermächtigung, die nach Ziffer 2 der Verordnung des Militärbefehlshabers vom 20. Januar 1920/5. Februar 1920 bei ihm angemeldeten Versammlungen zu verbieten, falls die öffentliche Sicherheit durch sie gefährdet erscheint. Weiter sind für die Zeit des verschärften Belagerungszustandes folgende Verbote mit Zustimmung des Regierungskommissars durch den Militärbefehlshaber Gen.-Kommandos Maercker in Dresden für die Kreise Merseburg und Querfurt (wie auch anderwärts) ergangen: Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind verboten, ebenso Ansammlungen von mehr als 20 Personen auf Straßen und Plätzen. Versammlungen in geschlossenen Räumen mit Ausnahme von Versammlungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften sind unter Angabe des Zweckes der Versammlung bei dem Kommandeur der 1. Landesjäger-Abteilung in Merseburg 3 Tage vor Abhaltung der Versammlung anzumelden. — Verboten ist durch Wort oder Schrift oder auf sonstige Art zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern. — Der Druck und Vertrieb von kommunistischen Zeitungen sowie von Flugblättern, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, ist verboten. — Das Unternehmen, Arbeitsmüßige in ihrem Recht auf Arbeit durch Gewalt, Bedrohung mit Gewalt, Verrufserklärungen, Beleidigung oder Androhung erheblicher Nachteile, sonstiger Art zu beeinträchtigen, ist verboten. — Auf die Bestimmung des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920, wonach jedes Unternehmen der Stillegung lebenswichtiger Betriebe verboten ist, wird besonders hingewiesen.

** **Leitungsarbeiten.** Die vor einiger Zeit in der Stadtverordneten-Sitzung genehmigte Gas- und Wasserleitung durch die Naumburger Straße nach dem Felschlößchenweg ist seit einigen Tagen in der Ausführung begriffen. Die Strecke bis zum Anwesen des Neuen Schützenhauses ist bereits vollendet. Die jetzt in Ausführung stehende Strecke zeigt deutlich in dem ausgeschachteten Bodenmaterial, wie sich der angeschwemmte Sand zu Kies gestaltet und dieser sich in eine allmählich verhärtende Masse zusammenschließt, die zum Teil schon in Blöcken und Tafeln ausgeschachtet wird. Dieselbe Bodenschicht tritt an der gegenüberliegenden Seite des Teiches auf dem Siedlungsgelände an der Teichstraße auf.

** **Einbruch.** Vier junge Burschen brachen in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Fabrikanwesen Herrich ein. Sie wurden in ihren Erwartungen auf billige Beute stark enttäuscht und konnten nur einen Werkzeugkasten mit sich führen. Außerdem war ihnen die rächende Nemesis schnell auf den Fersen und konnten sie verhaftet werden. Die Täter, junge Burschen von Ammendorf und ein solcher von hier, wurden heute vormittag wieder aus der Haft entlassen.

** **Braver Mann.** Ein durch den Krieg nach Merseburg gekommener Herr hatte das tief schmerzliche Unglück, die Brotmarken zu verlieren. In der Tat welch ein Malheur: Ohne Brotmarken kein Brot. Aber schon kam der Retter in der Not. Ein kriegsgefangener Russe war der ehrliche Finder, der sie dem hocherfreuten Eigentümer getreu überbrachte. Schw.

** **Der Männer-Turnverein Merseburg, E. V.,** beging am Sonntag nachmittag und abend im Tivoli die Feier seines 59jährigen Bestehens. Mit dem Beginn des Festes war der große Saal bereits dicht mit Teilnehmern gefüllt, die mit lebhaftem Interesse der langen Reihe der gebotenen Vorträge usw. folgten. Der Begrüßung der Festteilnehmer durch den Vorsitzenden, Prokurist Seyfert, ging ein prächtiger Festzug voraus. Der Redner hob in seiner Ansprache hervor, daß es dem Verein nicht darum zu tun sei, heute in dieser ernsten Zeit zu frohlocken und zu jubilieren. Es solle nur einmal eingehalten werden im eilenden Laufe und zurückgeschaut auf das in der Vergangenheit Geleistete, damit ein neuer Antrieb zu weiterem Streben und Schaffen gewonnen werde. Soweit die Kräfte es zuließen, ist im abgelaufenen Vereinsjahr die Turnerbeit treulich fortgesetzt und auch das deutsche Lied gepflegt worden. Turnen und Singen sind ja zwei deutsche Betätigungen, die innig zusammengehen und die wir seit der Gründung unseres Vereins immer gefördert haben. Auf das, was der Verein in den vergangenen Jahrzehnten geleistet hat, kann er mit Genugtuung zurückschauen und mit einem gewissen Gefühl der Freude der Feier des 60jährigen Bestehens entgegensehen. Leider will diese Freude nicht recht aufkommen, denn die Hand der Vorsehung lastet schwer auf unserem Volke. Finster und trübe liegt die Zukunft vor uns, denn die Folgen des uns auferlegten niederdrückenden Schmachfriedens sind nicht zu übersehen. Nur ein Trost bleibt uns: Das deutsche Volk hat im Laufe seiner Geschichte noch jedesmal nach jähem Absturz auch den Aufstieg angetreten. Werden wir diesmal wieder hochkommen? Diese bange Frage wagt selbst der Optimist nicht mit bedingungslosem „Ja" zu beantworten, denn neben dem äußeren Zusammenbruch ist leider auch der innere in moralischer Hinsicht zu beklagen. Turnvater Jahn und unser Landsmann Fichte empfahlen vor hundert Jahren in ähnlicher Lage das deutsche Turnen und die Erziehung der Jugend als letztes Hilfsmittel. Und jetzt richten sich wiederum die hoffnungsvollen Blicke aller Einsichtigen auf die Erziehungskunst, wozu unsere deutsche Turnarbeit gehört. Darum hat die deutsche Turnerschaft in letzten Zeit das Recht, die alten turnerischen Forderungen zu erheben: „Mehr frei für unsere Arbeit am Volk und an der Jugend im Dienst des Vaterlandes." Als nimmer rastende Werber wollen wir unsern Glauben an die Erhaltung der Ehre und den Wiederaufbau unseres Vaterlandes weiter zu tragen versuchen und brüderlich mahnend das Vermächtnis unseres Dr. Götz aussprechen: Seid Männer! Seid deutsche Männer! Seid deutsche Turnvereine! Seid treu und gottesfürchtig!" auf das Wohl des Vaterland zu seinem Wiederaufbau schloß die Ansprache. Begeistert stimmte die ganze Festgesellschaft in den turnerischen Heilruf ein. In buntem Wechsel folgten nun exakte Pferdübungen der ersten Jugendriege, klangvolle Männerchöre und tadellose Orchesterstücke unserer Stadtkapelle. Nach einem von Turnerinnen ausgeführten Keulenschwingen, dem Turnwart Lohne als Solo ein künstlerisches Keulenschwingen folgen ließ, ergriff eine Turnerin das Wort und überreichte im Namen ihrer Genossinnen der Vorturnerschaft ein Angebinde in Gestalt eines Tischbanners, das auf rot und weißer Seide gestickt die Widmung und das Gründungsjahr des Vereins zeigt. Das geschmackvolle Banner, von einer Turnerinnen aus Bronze getragen, wurde mit einem breifachen „Gut Heil!" auf die Vorturnerschaft übergeben und mit warmen Worten herzlichen Dankes von einem Vorturner entgegengenommen. Weiterhin brachte die Festordnung höchst ansprechende und gut durchgeführte Barrenübungen der Turnerinnen und solche der ersten Turnerriege, die eine vortreffliche turnerische Durchbildung der Mitglieder unser Riege erkennen ließen. Humorvolle Turnermädelstänze mit Gitarrebegleitung und eine Reihe interessanter lebender Bilder aus dem turnerischen Wirken mit erklärendem Text in schwungvollen Versen gaben der Vortragsfolge ihren Abschluß. Eine im Laufe des Abends für den Frankenthaler Turnverein, dessen Turnhalle kürzlich abgebrannt ist, nachdem sie wenige Stunden vorher von französischen Truppen verlassen worden, vorgenommene Sammlung ergab 167 ℳ. Ein Ball hielt die Festteilnehmer bis zum Schluß in gemütlicher Stimmung zusammen.

** **Merseburger Vereinsbank.** Die auf gestern nachmittag ¼4 Uhr in dem oberen Saal des Tivoli einberufene ordentliche Generalversammlung wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Rittergutsbesitzer und Brauereibesitzer H. Bollrath begrüßt und eröffnete die Versammlung, ernannte Dachdeckermeister Hebscholb zum Schriftführer und erteilte Direktor Heine das Wort zum Rechenschaftsbericht. Dieser wies einleitend darauf hin, daß seit der letzten Generalversammlung wohl der ersehnte Frieden geschlossen, der Krieg aber auf wirtschaftlichem Gebiete weiter geführt werde und weiter mit erbarmungslosen Waffen. Aber auch im Innern selbst sei es nicht zu einer ruhigen Entwickelung gekommen, die blutigen Ereignisse und Streiks würden uns in dauernder Erinnerung bleiben. Nur durch gesteigerte Produktion können wir unsere Verhältnisse verbessern, lediglich der deutsche Arbeiter kann uns am Wiederaufbau helfen. Wir hoffen, daß uns der Schluß des gegenwärtigen Jahres einen erfreulicheren Rückblick bietet. Die Zeit rückt heran, mit der sich die neuen Steuergesetze auf uns wälzen. Sie werden hoffentlich die genuß- und vergnügungssüchtigen Kreise zur Vernunft bringen. Nachdem er die Vereinsmitglieder zur stetigen Benutzung der eigenen Bank ermahnt hatte, trat er die Entwicklung der einzelnen Konten des Rechenschaftsberichts dar. Wir haben bereits in der Sonntagsnummer den Auszug aus dem Geschäftsbericht gegeben. Bei der Besprechung des Berichts warnte Direktor Weber vor dem hohen Kursansatz der Th. Grote-Aktien mit 120 ℳ, da die 8prozentige Dividende nicht durch die unter den allgemein bekannten Verhältnissen gesunkene Erzeugung, sondern nur durch Heranziehung der Reserven gezahlt werde. Darauf wurde der Bericht von der Versammlung einstimmig angenehmigt. Ebenso der hiernach von Direktor Heine vorgetragene Geschäftsbericht und die Verteilung des Reingewinns. — Bei den Neuwahlen wurden die nach Ablauf ihrer Wahlperiode ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder H. Bollrath, W. Herrmann und R. Hebscholb und die Mitglieder der Abschätzungskommission, die Herren Gustav Graul, Karl Günther und Franz Hirschfeld, durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Den als letzten Punkt auf der Tagesordnung stehenden Bericht über die Verhandlungen auf dem Verbandstag der Vorschußvereine in Merseburg erstattete Verbandsdirektor Hartung. Interessante und ausführliche Verbindungen mitgeteilt wurden wieder in Merseburg abgehalten werden. Auch auf dem Verbandstag wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse als traurige geschildert. Das Ergebnis der Vereinsbanken konnte trotzdem als zufriedenstellend bezeichnet werden, der Umsatz war ein ganz gewaltiger, in der Hauptsache durch den barzahlosen Verkehr gesteigert. Gewaltig war auch der Zustrom von fremden Geldern, besonders Scheckgeldern. Die Genossenschaften sollen auf alle Fälle ihre Reserven stärken. Die Verwaltungskosten sind um mehr als 15 000 ℳ gestiegen. Es wurde empfohlen, die Kriegsanleihen nicht ohne weiteres zu verkaufen wegen der Belastung der Steuern und der Kursdrückung. Er ging kurz auf die Betätigung einzelner neuer Steuern für die Genossenschaften ein und teilte mit, daß ein neuer Verbandsrevisor gewählt wurde. Der Verbandsrat beschäftigte sich weiter mit der Entwicklung der Genossenschaften während des Krieges und dem Einfluß des Krieges auf die Genossenschaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200224-12/fragment/page=0002

und mit den Gebräuchen der Genossenschaften im Verkehr mit den Genossenschaften. Der Berichterstatter streifte ferner die ungeheuren Opfer, die der Krieg und sein Ausgang uns an Menschen, Landgebieten, Bodenschätzen, Flotte usw. auferlegte und kam zu dem Schluß: Wir dürfen trotzdem nicht den Mut sinken lassen, Pflichtgefühl und Arbeitslust werden wieder bei uns zurückkehren. Zum Schlusse machte er die Mitteilung, daß er am 1. April 1920 aus seinem Amte scide. Er dankte mit herzlichen Worten für alles ihm bewiesene Vertrauen und wünschte der Vereinsbank ein ausgezeichnetes Gedeihen in aller Zukunft. Der Vorsitzende Vollrath dankte im Namen der Versammlung dem scheidenden Verbandsdirektor. Damit war die Tagesordnung erledigt. Dann machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß das Ausschußmitglied Bruno Becker jetzt auf eine 25jährige Tätigkeit im Aufsichtsrat blicke, und brachte dem Jubilar den Dank der Versammlung zum Ausdruck. Die Versammlung ehrte den Jubilar durch Erheben von den Plätzen, wofür dieser herzlich dankte. Der Schriftführer verlas dann das Versammlungsprotokoll, worauf der Vorsitzende kurz vor 5 Uhr die Versammlung schloß. Sr.

** Der „Deutsche Volksjugendbund Merseburg" hielt am vergangenen Dienstag im „Herzog Christian" seine 4. Zusammenkunft ab. Der 1. Vorsitzende konnte mit Genugtuung feststellen, daß sich die Jugend aller Stände zu gemeinsamer Arbeit zusammenfindet. Es wurde einstimmig beschlossen, die Zusammenkünfte des Bundes nicht wie bisher alle 14 Tage, sondern wöchentlich abzuhalten. — Auf literarischem Gebiete wurden an diesem Abend u. a. eine Gegenüberstellung von Schiller und Goethe sowie die Einführung in Schillers „Kabale u Liebe" geboten. Von diesem Drama wurde der erste Akt gemeinsam gelesen. Auf musikalischem Gebiete verdient besonders das Largo „Tropfende Tränen" von Beethoven hervorgehoben zu werden, das der Leiter der musikalischen Abteilung sehr gut zum Vortrag brachte. Der geballvolle Abend fand 1/11 Uhr sein Ende. — Die nächste Zusammenkunft findet am Dienstag den 24. Febr im „Herzog Christian" statt. Den größten Teil des Abends wird ein Vortrag über Löns einnehmen. Der Vortragende wird sich der Aufgabe unterziehen, einen lebenden Löns, der durch seine Werke spricht, in uns erstehen zu lassen. An diesen Vortrag anknüpfend wird sodann ein Wandervogel über deutsches Jugendwandern sprechen. Geplant sind ferner für den Abend einige musikalische Überraschungen. Beginn wie gewöhnlich um 8 Uhr im „Herzog Christian". Die männliche Jugend aller Stände ist herzlichst willkommen!

** Beamtenversammlung. Morgen, Dienstag, hält abends um 7½ Uhr im Saale von Nulles Gasthaus der „Gewerkschaftliche Bund deutscher Verwaltungsbeamten, Bezirksgruppe Merseburg", seine erste diesjährige Mitgliedervollversammlung ab. Die Tagesordnung ist aus der Anzeige in dieser Nummer ersichtlich, auf die wir besonders hinweisen. Landeskulturamtssekretär Nebel, der 1. Vorsitzende der hiesigen Bezirksgruppe, ist aus Berlin zurückgekehrt und wird über „Schwebende Beamtenfragen" sprechen. Über die Tätigkeit des hiesigen Ortskartells wird Regierungs-Hauptkassenbuchhalter und Stadtrat Elze, der 1. Vorsitzende vorbezeichneten Kartells ist, Bericht erstatten. Zutritt haben nur Mitglieder obiger Bezirksgruppe mit ihren Damen.

** In den Kammerlichtspielen, die heute zum letzten Male den empfehlenswerten verfilmten Roman von Marie von Ebner-Eschenbach bringen, gelangt ab Dienstag abend das faktige Filmwerk „Karus" zur Vorführung. Die Wogen der Leidenschaften gehen hoch in diesem Werk, aber Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe führen den Helden auf die richtige Bahn zurück. Neben einem reizenden Lustspiel verdient noch die Tragödie „Mächers Tod" besonders hervorgehoben zu werden.

*

Neuregelung des Diensteinkommens der Provinzialbeamten.

Wie bekannt, plant die Staatsregierung jetzt eine Besoldungsreform, die am 1. April d. J. in Kraft treten soll. Da die Gehaltsordnung der Provinzialbeamten sich bisher im allgemeinen an die der Staatsbeamten angelehnt hat, so soll auch jetzt die für die Provinzialbeamten dringend notwendige Besoldungsreform der staatlichen Neuregelung gleich laufen und alsbald nach deren Abschluß ins Leben treten. Der Provinzial-Ausschuß schlägt nun vor, die Neuregelung des Diensteinkommens der Provinzialbeamten einem aus dem Provinzialausschuß und zehn von dem Provinziallandtage zu wählenden Mitgliedern des Provinziallandtages bestehenden Ausschusse zu übertragen. Diesem Ausschusse würde auch die Neuregelung der Ruhegehälter der Provinzialbeamten gleichfalls im Anschlusse an die zu erwartende staatliche Regelung zu überweisen sein, ebenso die Änderung einzelner Amtsbezeichnungen, die sich aus Anlaß der Besoldungsreform als notwendig herausstellen sollte.

Deckung der für die Besoldungsreform erforderlichen Mehrausgaben hat er bereits, wie von uns mitgeteilt, in den Entwurf des Haushaltsplans nach überschlägiger Berechnung zunächst einen Betrag von 2 600 000 ℳ eingestellt; hierzu treten noch 4 600 000 ℳ, die in den einzelnen Haushaltsplänen für Teuerungszulagen vorgesehen sind.

*

Zu dem Eingesandt: Kriegsgefangenenheimkehr und -empfang.

Im allgemeinen pflegt man auf anonyme Anzeigen mit Recht nicht zu antworten. Im vorliegenden Falle ist überdies bereits so gut erwidert worden, daß ein weiteres Eingehen sich erübrigen dürfte. Tut es der Unterzeichnete dennoch, so will er damit nur die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt aufklären. Ein Empfang, wie in dem Eingesandt offenbar gewünscht wird, ist hier underchführbar, und zwar deshalb, weil die Heimkehrer sehr vereinzelt anlangen und es nicht bekannt wird, wenn ein größerer Trupp ankommt. Es ist wiederholt vorgekommen, daß 3 bis 4 Tage hintereinander, einmal eine ganze Woche hindurch, niemand eingetroffen ist. Auch kommt ein großer Teil mit der elektrischen Straßenbahn an; so konnten von den über 150 aus französischer Gefangenschaft Heimgekehrten nur 41 auf dem Bahnhof empfangen werden. Dafür sind aber bisher 419 Heimkehrer in unserer Geschäftsstelle begrüßt worden, wo sie Liebesgaben erhielten und sich für die ihnen erwiesene Liebe herzlich bedankten. Keiner von ihnen hat Beschwerde geführt. Im übrigen wird nach Abschluß der Gefangenenheimkehr von der Stadt in Verbindung mit der Hilfe für kriegsgefangene Deutsche ein Empfangsabend veranstaltet werden, bei dem es sicherlich nicht an der nötigen Feierlichkeit fehlen wird. Zum Schluß bemerke ich: Von ursprünglich 18 Damen stehen uns für den Empfang noch 4 Damen zur Verfügung; die meisten erklärten, sie wären in ihrem Heim nicht mehr abkommlich (wir haben nämlich bald ein halbes Jahr Gefangenenheimkehr!), einige aber, sie müßten sich für eine weitere Tätigkeit bedanken, für die sie in einem solchen Tone öffentlich behandelt wurden, wie es in dem unverantwortlichen Eingesandt geschehen sei. Wer will sie deshalb tadeln? Denn — um das wieder einmal öffentlich auszusprechen, scheint mir Pflicht gegen alle unsere treuen Helfer — alle Arbeit für unsere Kriegsgefangenen ist von Anfang an Liebestätigkeit gewesen, d. h. Arbeit ohne jedes Entgelt.

Dr. Taube,
Vorsitzender der Hilfe für kriegsgefangene Deutsche und der Kriegsgefangenenheimkehr.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Dienstag den 24. Februar 1920.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch unbestimmt; wenn möglich, Bekanntgabe in den Geschäften.

Neue Zuckermarken im alten Rathause (Burgstr.) von 8—½3 Uhr gegen Vorlage des Lebensmittelbriefes nur an Erwachsene der Hausbalte in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben A—J.

---

§ **Leuna-Werke.** 23. Febr. Die Ruhe ist bei den Maurlexen des Landwirts Max Weißhahn in Leuna 1 aufgetreten und sind Schutzmaßnahmen angeordnet.

§ **Großsteinna.** 23. Febr. Anläßlich der Elternbeiratswahl am 7. März d. J. machte sich die Aufstellung einer Kandidatenliste von Seiten des Ortsvereins der deutschen demokratischen Partei notwendig, um nicht die Schulen zum politischen Zankapfel und Verhetzungsobjekt machen zu lassen. Die Namen der Kandidaten sind: Bahnhofsaufseher Franz Schulze, Maurermeister Neugebauer, Landwirt Kurt Müller, Maurermstr. Karl Berthel, komm. Eisenbahnunterassistent Heinrich Krimig, Formermeister Konstantin Felber, Eisenbahner Otto Scharschmidt und Landwirt Friedrich Rudolph. Jeder Einwohner wird hieraus ersehen, daß die Partei alle Volksstände berücksichtigen hat in dem Bestreben zur verständigen Mitarbeit an dem verantwortungsvollen Werke der Erziehung der Jugend, der Schule, und dürfte die Liste die unbedingte Unterstützung aller Eltern finden.

Mücheln und Umgegend.

23. Februar.

* St. Ulrich, 23. Febr. Dem hiesigen Pfarrer Küstermann wurde durch Superintendent Hekelei im Auftrage des evangelischen Konsistoriums das Verdienstkreuz für Kriegshilfe überreicht.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent".

V.f.L.-Merseburg—Sportverein 98-Halle 2:3.

Mit dem gleichen Torergebnis hätte Merseburg das Spiel auch gewinnen können. Aber das Glück war auch diesmal mit den 98ern, genau so wie beim ersten Zusammentreffen dieser beiden Mannschaften in Merseburg. Sie sind sich zweifellos völlig ebenbürtig. Die Gäste besitzen lediglich an Körperkräften und -Größe das Übergewicht, und von dieser Überlegenheit machten sie auch gelegentlich Gebrauch, und von dieser Überlegenheit machten sie auch gelegentlich Gebrauch, aber in so hohem Maße Gebrauch, daß sich die Sympathien der weit mehr als 1000 Zuschauer bald überwiegend den Merseburgern zuwandte, eine Erscheinung, die bezeichnend ist. Die Hintermannschaft des V.f.L. geriet durch die ungewohnt harte Spielart des Gegners in starke Verlegenheit und bevor es ihr gelang, sich dieser Spielart einigermaßen anzupassen, lag Halle bereits mit 3:0 in Führung. Allgemeine Verblüffung. Selbst der sonst durch nichts aus der Ruhe zu bringende Pfäh zeigte nicht die gewohnte Sicherheit, deren Fehlen am auffälligsten aber bei Schenk in die Erscheinung trat und dahin führte, daß er bei einem Eckstoß den schon gelangenen Ball wieder zur Ecke fallen ließ, so daß ihn die Spielt energisch angreifenden Stürmer der 98er mühelos einsenden konnten. Die drei Tore gehen sämtlich auf Konto der Verteidigung und entschieden das Spiel. Wenn es der unermüdlich arbeitenden Stürmerreihe des V.f.L., in der besonders die Brüder Tybon hervorragend spielten, gelang, schließlich zwei Tore aufzuholen, so spricht das um besser für ihre vorzüglichen und dabei war sie noch längst nicht auf voller Höhe, da Heitkamp sich bei der schweren feindlichen Verteidigung nicht recht zur Haltung zu bringen vermochte, auch wiederholt nicht uneigennützig genug spielte. Die Läuferreihe der 98er war besser als die der Merseburger, in der der als Mittelläufer spielende Hoffmann völlig versagte; er gab zwar die redlichste Mühe, für die Ligaklasse aber reichts nicht mehr. Bisher uns gute Schwarze wurden dadurch stark überlastet, während der Sturm der Hallenser, deren Verteidigung übrigens außerordentlich sicher arbeitete und die Stütze der Mannschaft war, zu viel Bewegungsfreiheit erhielt.

Der starke Seitenwind beeinträchtigte die Genauigkeit des Zusammenspiels, war auch die Ursache vieler Fehlschüsse. Bereits nach 10 Minuten kam der Sportverein zu seinem ersten, billigen Erfolg, als, wie schon erwähnt, Schenk den Ball aus der Hand fallen ließ. Eine der bekannten präzisen Flanken Gäbeleins, in der Mitte mit gewöhnlicher Energie verarbeitet, brachte 8 Minuten später das zweite Tor, dem sich gleich darauf, aus einem Gedränge geschossen, das dritte anreihte. Das rüttelte die Merseburger endlich auf. Aber es fehlte eben an der nötigen Ruhe, Überlegung und Sicherheit. Auch Wüstefeld ist ein Fehler, der sich besonders von Heitkamp bis Rost durch Mißverständnisse bemerkbar machte. Alle Anstrengungen, bis Halbzeit wenigstens ein Tor aufzuholen, blieben daher erfolglos, obwohl es häufig kritisch vor dem Tor der 98er aussah. Endlich, 11 Minuten nach dem Wechsels, konnte Thon I einen prächtigen Flankt von Rost eindrücken. Starker Beifall der Zuschauer, wohlgemerkt; in Halle, der sich noch bedeutend steigerte, als Thon I die feindliche Verteidigung überlief und fast von der Torlinie aus mit scharfem Schrägspiel das zweite Tor auftolte. Es waren noch 20 Minuten zu spielen, die Möglichkeit des Ausgleichs schien also sehr nahgerückt. Das erkannten auch die 98er und zogen nochmals gewaltig los. Der Kampf nahm nun recht scharfe Formen an. Schenk, der inzwischen wieder sicherer geworden war, erhielt verschiedentlich Gelegenheit zum Eingreifen und überstand einen längeren Ansturm des Feindes mit Erfolg. In den letzten Minuten winkte den Merseburgern zweimal der Ausgleich, aber die Hallesche Mannschaft überstand mit Glück die kritischen Momente und blieb Sieger.

Der Schiedsrichter Zipfel leitete das Spiel mit gewohnter Sicherheit.

* **V. C. „Preußen".** Der gestrige Sonntag sah die Mannschaften genannten Vereins wieder in Front. Alle vier Spiele (drei Verbands- und ein Gesellschaftsspiel) fanden zu Ehren der Überlegenheit „Preußens" und wurden für die Schwarzweißen hierzu entschieden überraschend hoch fertigte „Preußen" II ihren Halleschen Namensvetter ab; mit 6:0 mußten sich „Preußen"-Halle auf eigenem Platze geschlagen bekennen, nachdem selbige bis Halbzeit das Spiel 0:0 und offen gehalten hatten, dann sich aber der energischen Angriffe der Hiesigen nicht mehr erwehren konnten. — Einen recht erfreulichen hohen Sieg errang „Preußen" IV über die hiesigen V.f.L. V. 9:0 wurde der V.f.L. geschlagen; auch hier entfaltete sich „Preußen" erst in der zweiten Halbzeit, selbige führten bis zum Beginn derselben erst 1:0. — Eine „Hohenzollern" IV siegte von „Preußen" V ebenfalls eine Niederlage von 3:1 zu; das Ehrentor für „Hohenzollern" fiel aus einem Elfmeter. — Weitere zwei wertvolle Punkte holte sich „Preußen" I-Jugendmannschaft im Verbandsspiel gegen Ammendorf I-Jugend, wieder wie am vergangenen Sonntag gegen hiesige „Hohenzollern"-Jugend wurde das Spiel 2:1 gewonnen. — Die letzten erzielten sehr günstigen Resultate der Mannschaften zeigten, daß auch in diesen ein guter Kern steckt und erzielt sich der Verein in selbigen für spätere einen recht spielstarken Nachwuchs für seine erste Mannschaft.

* **V. B. „Hohenzollern".** In allerletzter Stunde hatte der V. B. „Hohenzollern" noch eine Forderung des Sportklubs Mücheln angenommen und eine aus allen Mannschaften kombinierte Elf nach dort entsandt; mit einem wohlverdienten Sieg von 3:1 kehrten sie von dort zurück. — Die zweite Mannschaft holte sich durch einen 3:1-Sieg über „Fortuna" II-Diaco zwei weitere wertvolle Punkte. — Die vierte unterlag „Preußen"-Merseburg V mit dem gleichen Resultat, während die zweite Jugend-mannschaft einen hohen 7:0-Sieg über die gleiche Elf des hiesigen V.f.L. davontrug.

* **„Germania" I — „Eintracht" I-Halle 0:3 (0:2).** Wie vorauszusehen endete das gestrige Treffen obiger Mannschaften mit einer Niederlage der Germanen. Trotzdem hätte das Resultat anders ausgesehen, wenn der Sturm (das Schmerzenskind der letzteren) nicht so planlos und zerfahren gespielt hätte, während die Hintermannschaft ihr möglichstes tat, um eine Niederlage abzuwenden. Vor allem verdient Richter im Tor volles Lob, wenn er auch an dem letzten Tor nicht ganz schuldlos war; er sollte seine Tätigkeit mehr auf sein Heiligtum beschränken. „Eintracht" verdankt den Sieg lediglich dem glänzenden Spiel ihres Innentrios, sonst waren sich beide Mannschaften gleichwertig. — „Germania" II trat gegen „Teutonia" II nicht an, da einige Spieler plötzlich erkrankten. — „Germania" III (8 Mann) — „Eintracht" II-Krumpa 3:0.

* **Jahn I — Fichte II-Halle 5:1 (1:1).** Am Sonntag standen sich obige Gegner auf dem Sandanger in Halle gegenüber. Merseburg mit 10 Mann drückt den Gegner mit dem Winde spielend in seine Hälfte zurück. Trotzdem daß Merseburg überlegen spielte, konnten sie nichts Fühlbares erreichen. Aber auch die Halleliche Elf gab ihr Bestes her. Und so kam es, daß Halle nach 30 Minuten in Führung ging. Kurz vor Halbzeit aog Merseburg durch ihren Mittelstürmer gleich. Nach Seitenwechsel spielte Halle mit dem Winde, waren aber dem Drange Merseburgs nicht gewachsen. Als der Schlußpfiff ertönte, mußte Halle einsehen, daß sie der jungen Elf Merseburgs nicht gewachsen war. Der jungen Elf von Merseburg unsern herzlichsten Glückwunsch!

*

Mitteldeutsche Fußballergebnisse. Halle: V. f. L. Halle gegen Naumburg 05 2:1. Favorit—Borussia 2:1; Cöthen: Sportklub gegen Afad. S.-C. 8:4. 1902 II—Wacker-Bernburg II 4:1, die dritten Mannschaften 7:2; Bernburg: Turn- u. Sp.-V. Dessau—1907 4:3; Dessau: Rasensport—Zellnau 2:1, Turn- u. Sp.-V. II—Viktoria-Zerbst II 5:3; Aschersleben: Teutonia—Sachsenhart 09 2:8, Teutonia II—Askania II 3:1, Britannia II—Eintracht Gröften I 3:0; Magdeburg: Sportverein Viktoria—Schönebecker Weißfloß 7:0, Sportklub 1900—Burger Preußen 3:0; Apolda: Sportklub—Sportklub Weimar 5:1, Sportklub II—Verein Turner Apolda I 2:2, Sportklub III—Sportklub Bodenstedt I 12:0, V. f. B.—Sportverein Jena (Gaumannschaft) 2:0 (1:0), V. f. B. II—Sportklub Bad Sulza I 4:2, V. f. B. III—Sportklub Weimar III 5:0; Jena: V. f. B.—Vimaria Weimar 3:2; Arnstadt: Sportvereinigung—Sportvereinigung Mehlis 5:0, die zweiten Mannschaften 4:4; Pößneck: V. f. B.—Saalfeld 1906 4:1, die dritten Mannschaften 1:0; Gera: Verein für Rasensport III—Allg. Turngemeinde III 10:0, Wacker II—V. f. B. Pößneck II 6:3; Nordhausen: Wacker II—Preußen II 0:2; Zeitz: Sportvereinigung—Ballspielklub 0:2; Leipzig: V. f. B.—Fortuna 4:1, Olympia gegen Wacker 0:3, Sportfreunde—Spielvereinigung 1:0, Viktoria 03 I gegen Sportverein 02 I 2:1.

*

Turnen und — oder Sport?

Auf dem Gebiet der Leibesübungen wird rege gearbeitet, erfreulicherweise sind die früher üblichen Fehden zwischen Turnern und Sport fast überall beigelegt und haben einem den Leibesübungen übergeordneten Zusammenarbeiten Platz gemacht. Bestehen nun überhaupt noch Gegensätze zwischen Turn- und Sportvereinen, die sich ja auch hier in Merseburg im Ortsausschuß für Leibesübungen zu gemeinsamem Wirken zusammengefunden haben? Von den Sportlern wird unter Turnen vielfach nur gemeinhin die Pflege körperlicher Übungen an den bekannten Geräten Reck, Barren und Pferd bezeichnet; die Turnerei denken sich diese Leute meist nur in dumpf und staubig verschrienen Hallen ausgeübt. Die Jahnschen Begriffe und Jahnschen Übungsarten des Turnens im Freien, wie Springen, Laufen, Klettern, Schwingen, Ringen, Schwimmen, Wandern usw., also nach jeder Art sich tummeln, sei es an, mit oder ohne Gerät, wollte man dem Turnen nicht oder nicht mehr zubilligen, nachdem infolge der Turnsperre eines aus jetzt noch unbegreiflich erklärendem einsetzigen Zeitalters die Jahnschen Begriffe in die Hallen verbannt waren und sich erst nach und nach wieder freimachen und auf dem alten Tummelplatz in Gottes freier Natur ergehen konnten. Schon Jahrzehnte ist das Jahnsche Freiturnen bei den vorgeschrittenen Turnvereinen wieder in gute Pflege gekommen und gegenteilige Vorwürfe sind unberechtigt. Nur in der rauhen und dunkleren Jahreszeit wird das Turnen — hauptsächlich an Geräten und Freiübungen sowie Spiele — in den Hallen getrieben, aus dem Gedanken heraus, daß Jung und Alt im Sommer und Winter — also ununterbrochen — die Übungen des Körpers treiben muß. — Wenn nun von den nur Fußball spielenden Vereinen abgesehen wird, die in ihrer Gemeinschaft Bezeichnung Sport kaum recht verbienen und das volkstümliche Turnen, wie es bei der Turnerei schon Jahrzehnte bei ihren Gau-, Kreis-, Deutschen Turn- und vor allem Bergfesten Jahn-Turnen in Freyburg, Inselsberg, Feldberg und ähnliche volkstümliche Wettkämpfe der Öffentlichkeit zeigen, mit der jungen Leichtathletik der Sportvereine auf ihren Rasensportfesten vergleicht, so verschwimmen die Gegensätze immer mehr. Das Streben nach Höchstleistungenen hier wie dort, der Wunsch der Heranziehung ausübender Massen hier wie dort, wenn auch letzteres Ziel von den Sportvereinen erst neuerdings besondere Beachtung findet und erstrebt wird. Beide Teile haben von einander gelernt und es ist anzunehmen, daß beim Zusammenarbeiten künftig mehr noch das alt gut erkannte von beiden Seiten gefördert wird: die Einzelleistungen sportlicher und die Massenarbeit turnerischer Art.

Die Antwort auf die obige Frage muß also lauten: „Turnen und Sport, das eine nicht ohne das andere."

Und nun, Sportler, Turner und Sportler, bei Euer Heil nicht nur in Augenblickserfolgen günstig gelegener Wettkämpfe, die gar leicht veranlassen, sich in der ruhigen Zeit an diesen Erfolgen zu sonnen, solche Erfolge sind von zweifelhaftem Wert und geben auf die Dauer keine Befriedigung, seid vielmehr, arbeitet im Sommer wie im Winter. Monatelanges Nichtstun ist vom Übel, nur ein muskelgeübter und straffer Körper ist wertvoll und bleibt dem Sportverein und jedem Rasens

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getauft: Heinz Woldemar, S. d. Wiesenbaum. Adolf Könia; Albert Karl, S. d. Bäck. Albert Kramer; Gertrud Marianne, T. d. Arbeiters Emil Schwarz. — Getraut: der Buchdruckereibesitzer Fritz Tarnow mit Frau Johanna Loerche geb. Häuel. — Beerdigt: der Landesläg. Walter Sommer, die Ehefrau d. Arb. Heinrich Steinbrück und die Ww. Reinhardt geb. Senger.

Stadt. Getauft: Martha Elfriede, T. des Rangierers Weisenbach; Elfriede Marie Anna, T. des Schlossers Horn; Herbert Hermann, S. des Bäckers Hagemeyer; Alle Elli, eine unehel. T. — Beerdigt: Die Witwe Drese; die Ehefrau des Zivilangestellten Voigt; die Ehefrau des Eisendrehers Wießner; der Arbeiter Reich; die T. des Klempners Breiting.

Neumarkt. Beerdigt: Der Schriftsetzer Paul Schumann; die Musikstecherin Elsa Mühlpfordt; ein unehel. T.

Altenburg. Getauft: Herbert Kurt, S. d. Tischlers Kämpf. — Getraut: der Büro-Assistent Alfred Bielig mit Frau Erna geb. Wend. — Beerdigt: der Prokurist Artur Glöckner; der Schornsteinfegermeister Gottlieb Franke, die Wirtschafterin Emma Lübke.

Statt Karten.

Hedwig Reinboth
Hans Schramm

grüssen als Verlobte.

Naumburg a. S. „Neue Welt."

Nach kurzem, aber schwerem Leiden verschied Sonnabend 6¼ Uhr unser liebes, unvergeßliches

Paulchen

im Alter von einem Jahre.

Merseburg, den 23. Februar 1920.

Im tiefsten Schmerze
Paul Wistuba und Frau
Martha geb. Straube.
Familie Straube.
Familie Wistuba.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 2½ Uhr vom Trauerhause Sixtiberg 2 aus statt.

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgange unseres unvergesslichen Entschlafenen sagen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Merseburg, den 23. Febr. 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Amalie Glöckner
geb. Ludwig.

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgang unserer unvergesslichen Entschlafenen sagen wir hierdurch unseren

herzlichsten Dank.

Merseburg, den 22. Febr. 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau verw.
E. Mühlpfordt.

In das Genossenschaftsregister ist heute die Vertragsgenossenschaft „Arbeiterzeitung" für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, mit dem Sitze in Merseburg, eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Tageszeitungen, Zeitschriften, Büchern und Broschüren zu möglichst billigen Preisen. Die Haftsumme für jeden Geschäftsanteil beträgt 50 Mark und die höchste Zahl der Geschäftsanteile ist 1000. Vorstandsmitglieder sind Geschäftsführer Paul Langer, Arbeitersekretär Wilhelm Daniel und Parteisekretär Arthur Sämisch in Merseburg. Das Statut ist am 31. Dezember 1919 errichtet. Die Bekanntmachungen erfolgen durch die Merseburger Arbeiterzeitung. Die Willenserklärungen des Vorstandes erfolgen durch 2 Mitglieder. Die Zeichnung geschieht, indem 2 Mitglieder ihre Namensunterschrift der Firma der Genossenschaft beifügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden jedem gestattet.

Merseburg, den 17. Februar 1920.
Amtsgericht, Abt. 4.

Bekanntmachung.

Die beiden Maultiere des Landwirts Max Weißhahn in Leuna 1 sind an Räude erkrankt. Schutzmaßregeln habe ich angeordnet.

Leuna-Werke, den 21. Februar 1920.
Der Amtsvorsteher für den Bezirk Spergau.
J. A.: Cornely.

Zwangsversteigerung.

Am **Dienstag**, den 24. Februar, vormittags 11 Uhr, versteigere ich im Gasthof Casino, hierselbst:

1 eichenes Büfett

öffentlich meistbietend gegen bar.
Rubusch, Gerichtsvollzieher.

Schlafstelle sofort zu beziehen Große Stritzstraße 21.

Junger Handwerker sucht hier **Logis** mit Kost; Frankleben oder Kanna auch angenehm. — Angeb. unt. 484 an die Exp. d. Bl.

Junger solider Herr sucht **einfach möbl. Zimmer.** Off. unt. 487 a. d. Exp. d. Bl.

Bahnbeamter sucht sofort oder später **leeres oder möbliertes Zimmer** mit Kochgelegenheit. Liefere Bett selbst. Wer? sagt die Exp. d. Bl.

2 leere Zimmer, zusammenhängend, von verheiratetem kinderl. Ehepaar gesucht. Offerten an Delrina, „Dammschloß", Dammstraße, erbeten.

Verordnung.

Der Kommandeur des 1. Landesjäger-Regiments erhält die Ermächtigung, die nach Ziffer 2 der Verordnung des Militärbefehlshabers vom 20. 1. 20/5. 2. 20. bei ihm angemeldeten Versammlungen zu verbieten, falls die öffentliche Sicherheit durch sie gefährdet erscheint.

Dresden, den 10. Februar 1920.

Der Militärbefehlshaber.
gez. Maercker, Generalmajor.

Zimmer gesucht.
Suche für Herrn, der bei mir in Stellung, **möbliert. Zimmer,** evtl. Zimmer mit 2 Betten oder mit Kabinett. Gefl. Angebote erbeten an **Paul Lützendorf,** Holzhandlung, Weißenfelser Str.

Junges Ehepaar
ohne Anhang sucht sofort oder spätestens 1. April 1—2 leere Zimmer m. Kochgelegenheit. Off. unt. 488 an die Exp. d. Bl.

Handwerksmeister
z. 2—3 Zimmerwohnung 1. 4. 20 zu mieten. Off. unter 436 an die Exp. d. Bl.

Wer ist gewillt,
sich selbst die
Beton-Baubude
Naumburger Str. 4
als Wohnung herzurichten.
W. Allerin, Amtshäuser 17.

2×2 bessere
Herren- u. Damen-Aezugsoffe
sowie 2 gestreifte Hosen fortgangshalber sofort billig zu verkaufen **Gotthardstr. 41, 1 Tr.**

Dunkl. Kostüm (50 M)
Arbeitsschuhe Gr. 45 (20 M) Lederne kragen (41) und versch. gut erh. Knabensachen (4—7 J.) zu verk. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Anzeigen
erzielen den
größten Erfolg
in dem am meisten gelesenen
„Merseburger ///
// Korrespondent"

Brennholzverkauf

Am **Mittwoch,** den 25. Februar, nachmittags von 5—6 Uhr sollen etwa 60 Haufen Brennholz

am Saaledamm beim Rittergut Werder

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Modernes Theater

MERSEBURG
TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1

Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.

Heute, Dienstag, bis einschl. Donnerstag

Ein grosser Erfolg war die „Freundin des gelben Mannes", ein ebensolcher — wird der grosse japanische Film —

HARAKIRI

sein. Die Geschichte einer kleinen Japanerin in 6 Akten. In der Hauptrolle als —

O Take San — Lil Dagover.

II.
Der grosse Kunstfilm ersten Ranges:

MODERNE SKLAVEN!!

Filmroman aus Russland nach einer wahren Begebenheit in 5 Akten mit

:-: **Sybil Smolawa.** :-:

III.

Ottchen kann alles!

Hervorragendes Lustspiel in 3 Akten.

In Vorbereitung: Ab Freitag:
Lachende Herzen!
Filmoperette in 5 Akten.
Sklaven fremden Willens!

Die Direktion. A. Bilke.

Eigene Lichtanlage!

Ein gut erhaltener
Gehrock-Anzug
(Gr. 165—170) zu verkaufen. Zu erfrag. i. d. Exp. d. Bl.

Ein wenig getragenes
Ballkleid
zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp.

Uebergangshut,
dunkelblau, Borde u. Seide, preiswert zu verk. Wo? sagt die Exped.

1 Paar getragene Knabenschuhe, Größe 38, und 1 Paar Stiefel, Größe 40, zu verkaufen **Gotthardstraße 39, 1 Tr. r.**

Militär-Schnürstiefel und Damen-Halbschuhe Gr. 38
preiswert zu verkaufen **Weißenfelser Straße 7, 2 Tr.**

Bettfellen mit und ohne Matratze u. verschiedenes andere zu verkaufen **Preußerstraße 7.**

Ein gut erhaltener
heller Kinderwagen
zu verkaufen **Leuna Nr. 30.**

Dezimalwage
10—15 Ztr. Tragkraft verkauft billig **Carl Herfurth.**

Stubentür
mit Schloß usw. zu verkaufen **Clobikauer Straße 18.**

Birnbaum,
1912 gefällt und in Bohlen von 40/60 mm stark geschnitten, 1600 mm lang und za. 500 mm Durchmesser, verkauft gegen Höchstgebot **Ernst Heinrich,** Viehhändler, Schafstädt.

Eine Briefmarken Sammlung
ist zu verkaufen **Kriegsdorf Nr. 19.**

Pferde
zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Gut erhaltener Kinderwagen
en. Sitz- und Liegewagen, aus besserem Hause zu kaufen gesucht Offert. unt. 485 an die Exp. d. Bl.

Kinderwagen
zu kaufen gesucht.
Offert. unt. 483 an die Exp. d. Bl.

Suche einen gebrauchtn., hellen
Sitz- und Liege-Sportwagen.
Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Pa. Pferdehäcksel
liefert jedes Quantum prompt
E. Weishahn, Neumarkt.
Tel. 486.

Moherrüben
zu Speise- und Futterzwecken, prima frostfreie Ware, hat abzugeben.
E. Weishahn, Neumarkt.
Tel. 486.

Wollen Sie?
kaufen oder verkaufen, mieten oder vermieten, pachten oder verpachten, so tun Sie es am besten durch eine kleine Anzeige im
Merseburger Korrespondent

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert
Heinrich Heßler
Merseburg
Kirchstr. Nr. 7

Kohlenfuhren
werden ausgeführt
Blumenthalstraße 7.

4 Wochen alter Knabe
wird in gute Pflege gegeben. Zu erfragen Kreuzstraße 5, 2 Tr.

Kleines Kind
wird tagsüber in sauberegute Pflege gegeben! Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Jung., verheir. Buchhalter sucht noch Nebenbeschäft.
Offert. unt. 482 a. d. Exp. d. Bl.

Für unsere Volks- u. Lebensversicherung suchen wir für den hiesigen Bezirk **redegewandte,** unbescholtene

Herren
(auch Damen),
denen sich nach kurzer Probetätigkeit ein entwicklungsreiches Arbeitsfeld bei günst. Bezügen bietet. — Gefl. Offerten mit kurz. Lebenslauf unter **L G 710** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Fachmann
für Volks- u. Leb.-Vers. für hies. Bez. gesucht. Herren (auch Damen) mit nachweisbar guten Erfolgen bietet sich gute Existenzmöglichkeit mit hohen Bezügen. Gefl. Offerten u. **L G 709** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Tüchtiger, älterer Schlosser
der auch im Bau und Reparatur elektrischer Anlagen u. Motoren bewandert ist, gesucht. Offerten unter **481** an die Exp. d. Bl.

Hosenschneider
stellt ein **Ernst Ruffes.**

Portier
sucht sofort
Oswald Kunsch, Frankleben.

2 bis 3 Arbeiter
sofort gesucht
Lützendorf, Holzhandlung.

Jüngerer Markthelfer
für sofort gesucht.
Fritz Leberl, Burgstraße 18.

Jugendl. Arbeiter
stellt ein
Louchstedter Str. 21, part.

Jüng. Arbeitsburschen und Arbeitsmädchen
stellt ein
Paßschenfabrik Halleische Straße.

Tüchtige, ausgelernte, jüngere
Verkäuferin
stellt ein Spielwarenhaus **Wilhelm Köhler.**

Ein tüchtiges
Hausmädchen
sucht bei hohem Gehalt
Müllers Hotel.

Ehrlich, fleiss. Dienstmädchen
vom Lande bei hohem Lohn zum 1. März oder später gesucht.
Frau E. Bornschein,
Weißenfels. Kl. Deichstr. 9.

Suche sofort oder 1. März ein ordentliches
Dienstmädchen.
Frau L. Weniner, Ob. Breite Str.

Zuverlässiges, ordentliches
Mädchen
zum 1. März oder 1. April gesucht.
Frau L. Meister,
Preußerstraße 22, 1 Tr.

Aufwartung gesucht
Fritzsche, Christianenstraße 12.

Aufwartung
für täglich 3 Vormittagsstunden gesucht.
Frau Ulrich,
Gutenberastraße 12, 2 Tr.

Brieftasche
in unserem Geschäftslokal Freitag abend liegen geblieben. — Eigentümer kann selbige abholen.
J. G. Knauth & Sohn.

Brauner Hornadour mit Schlüssel u. Portemonnaie mit Inhalt **verloren.** Bitte geg. Belohnung abzugeben Kl. Stritzstr. 1

30 Maurer
stellt sofort ein
Karl Brandt, Leuna-Werke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200224-12/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 46. Dienstag, den 24. Februar 1920. 46. Jahrg.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 21. Februar.

Am Regierungstische nur Kommissare.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12,25 Uhr.

Ein Gesetz über Gemeindebeamten im Gebiet der künftigen Stadt Groß-Berlin wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des demokratischen Antrages auf Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen.

Abg. Frau Ege (Soz.): Das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" muß auch für die Frau gelten. Die Ansicht, daß Frauen zum Beispiel bei Prozessen wegen Sittlichkeitsverbrechen nicht am Platze seien, ist veraltet Gäben wir den Frauen die wissenschaftliche Ausbildung, dann würden sie auch als Richter ihren Posten ausfüllen. Auch der Frau aus dem Volke muß man diese Laufbahn eröffnen. So trägt sie bei zum Wiederaufbau des Vaterlandes.

Abg. Frau Dr. Lauer (Ztr.): Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die natürliche Veranlagung von Mann und Frau verschieden ist, daß sich daher auch nur wenig Frauen geeignet zeigen würden, den juristischen Beruf auszuüben. Im übrigen stimme ich dem demokratischen Grundgedanken des Antrages bei.

Abg. Frau Heine (Dem.) stellt im Schlußworte fest, daß Einwendungen gegen den Antrag aus dem Hause nicht erfolgt seien. Mit der Kommissionsberatung seien die Antragsteller einverstanden.

Die Überweisung an den Rechtsausschuß wird beschlossen.

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.) befürwortet sodann den Antrag, das preußische Feld- und Forstpolizeigesetz dahin zu ändern, daß Anordnungen zum Schutze von Tierarten, Pflanzen, bemerkenswerten Bodenvorkommissen, des Landschaftsbildes und von Naturschutzgebieten, sowie zur Vernichtung schädlicher Tiere und Pflanzen erlassen werden können, und zwar auch für den Meeresstrand und das Küstenmeer.

Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums begrüßt den Antrag, der den Naturschutz bezweckt.

Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Sodann wird die Besprechung der förmlichen Anfrage über die Lehrbücher für Geschichte fortgesetzt.

Ministerialdirektor Jahnke: Die Unterrichtsverwaltung gibt zu, daß es zweckmäßig gewesen wäre, vor Herausgabe des Erlasses mit den Organen der Buchhändler zu verhandeln. Eine Schädigung der Verlagsbuchhändler ist aber nicht eingetreten. Die Lehrbücher sollen zwar nur aus dem Unterricht verschwinden und die Eltern von der Verpflichtung befreit werden, diese Anschaffungen zu machen. Sollte die Mehrheit des Hauses sich aber auf den Standpunkt stellen, daß der Erlaß eine nicht zu ertragende Erschwernis des Geschichtsunterrichts darstellt, so würde die Unterrichtsverwaltung in eine Nachprüfung des Erlasses eintreten.

Abg. Hoche (Soz.): In die Geschichtsbücher gehören natürlich die Taten des Großen Kurfürsten und des Alten Fritz hinein, ebenso aber auch der Wortbruch Friedrich Wilhelms III., der nach dem Freiheitskrieg die Verfassung versprochen hatte.

Abg. Wildermann (Ztr.): Wir wollen kein sozialdemokratisches Lehrbuch, aber ebensowenig ein deutschnationales haben. Konfessionelle Geschichtsbücher können außerhalb der Schule studiert werden.

Abg. Sommer (Dem.): Einer Reform des Geschichtsunterrichts stimmen wir zu. Dem Geschichtsunterricht muß aber die nationale Grundlage erhalten bleiben. Das Deutschtum muß hochgehalten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Mit einem Leitsaden läßt sich aber keine Begeisterung erwecken. Aber keine Überspannung! Das bringt uns nur Haß ein. Das Beste wäre, der Erlaß würde zurückgezogen werden oder mindestens sollte es dem Lehrer anheimgestellt werden, ob er das Lehrbuch weiter benutzen will im Unterricht oder nicht. Das Benutzungsverbot läßt sich nicht aufrechterhalten. (Beifall.)

Abg. Rippel (Dn.): Der Erlaß ist ein Schritt zur Politisierung der Lehrbücher. Einer Reform der Geschichtsbücher stehen wir freundlich gegenüber. Auch wir wünschen den kulturgeschichtlichen Stoff dem kriegsgeschichtlichen voranzustellen. Übertriebener Personenkultus muß vermieden werden. Der Erlaß ist zu radikal. Er beschränkt sich nicht auf die neuere Geschichte. Ohne Lehrbuch wäre ein Geschichtsunterricht nicht durchführbar und erfolgreich.

Abg. Obuch (U. S.): Der Erlaß des Kultusministers ist zu tolerant. Er muß auch auf die Volksschule ausgedehnt werden.

Abg. Richter (D. Vpt.): Der Erlaß ist nicht durchführbar. Der Verband der Geschichtslehrer hat sich dahin ausgesprochen, daß ohne Lehrbuch der Unterricht nicht vor sich gehen kann. Eine Reform der Lehrbücher wird auch von den Lehrern gefordert. Ein einheitliches Geschichtsbuch ist nicht denkbar. Gibt es doch auch unter den Geschichtsforschern verschiedene Richtungen.

Damit schließt die Besprechung.

Abg. Höfler (Dem.) fragt in einer dringenden förmlichen Anfrage, wann der von der Landesversammlung geforderte Entwurf eines Beamtengesetzes und einer Änderung des Disziplinargesetzes zu erwarten ist.

Ein Vertreter der Regierung erklärt: Eine Neuregelung des Beamtenrechts werde vorbereitet. Der Zeitpunkt der Einbringung könne aber noch nicht angegeben werden. Das Besoldungsgesetz werde die Materie zum Teil schon regeln. Besonders die Krankenversorgung der Beamten müsse geregelt werden, ebenso das Anstellungsverhältnis der Kirchenbeamten. Außer dem materiellen Recht müsse auch das ideale Recht den Beamten gewährt werden, namentlich in der Richtung, daß die Beamten ihre Meinung frei äußern dürfen.

Abg. Twardy (Soz.): Für Preußen bedarf es keines Beamtenrechts. Es muß für das ganze Reich eine einheitliche Regelung kommen.

Abg. Goebel (Ztr.): Es ist zu verstehen, daß die Regierung mit anderweitiger Arbeit überlastet ist. Sie muß aber trotzdem bald mit dem Beamtengesetz herauskommen, um der wachsenden Erbitterung vorzubeugen.

Abg. Ebersbach (Dn.): Die Vorbereitung des Beamtenrechts muß sehr sorgfältig vorgenommen werden. Uns liegt namentlich daran, die Verfassungsvorlage baldigst zu erledigen. Damit werden die Rechte der Beamten ebenfalls schon geregelt werden. Sonst läßt sich das Disziplinarrecht auf dem Wege der Verordnung einstweilen ändern.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Das Reich sollte das Beamtenrecht reformieren. Beim Disziplinarrecht muß die Berufung zulässig sein.

Abg. Stendel (D. Vpt.): So dringend die Sache ist, muß doch das Reich vorangehen.

Abg. Höfler (Dem.): Die Beamtenschaft hat das allergrößte Interesse an einer schnellen Änderung des Disziplinarrechts.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr: Kleine Vorlagen und Anträge. — Schluß 6 Uhr.

Provinz und Umgegend.

b **Eisleben**, 23. Febr. Der Student der Aachener Hochschule, Herbert Merllinghausen aus Aachen, der im Frühjahr 1919 bei der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft im Laboratorium beschäftigt wurde, stahl viermal Platinteile, die er in Juwelergeschäften für etwa 3600 M verkaufte. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

b **Eisleben**, 23. Febr. Theaterdirektor Meth hat den Mansfelder Hof zum Preise von 210 000 M gekauft, um ihn nach und nach zu einem ständigen Theater umzubauen. Es wird dabei darauf gerechnet, daß die Stadtgemeinde den Plan in irgend einer Form unterstützt.

† **Eisleben**, 21. Febr. Zum Bürgermeister wurde Gerichtsassessor Dr. Walsgott aus Halle gewählt.

b **Nordhausen**, 23. Febr. Spitzbuben haben auf dem Friedhof in Appenrode von den Gräbern eine große Anzahl eiserne Kreuze weggenommen und eiserne Gitter herausgebrochen, jedenfalls um sie als altes Eisen zu verkaufen.

b **Schönebeck**, 23. Febr. In der oberschlesischen Sprengstoffabrik, wo schon wiederholt Quecksilber abhanden gekommen war, wurde ein Arbeiter ermittelt, der für 46 000 M dieses wertvollen Metalls gestohlen hat. Man faßte ihn ab, als er keuchend unter der Last in seinem Rucksack fünf Vierflaschen und eine eiserne Flasche, sämtlich mit Quecksilber gefüllt, forttragen wollte.

† **Gera**, 21. Febr. Im Hainschen Walde beim benachbarten Langenberg wurde die Leiche des Sohnes des Rohproduktenhändlers W. Kahn hier mit einer Schußwunde im Hinterkopfe tot aufgefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt Mord vor.

† **Dessau**, 21. Febr. Die Anhaltische Landesversammlung beschloß im Einverständnis mit dem Staatsrat, über die vom Reiche und von Preußen vorgeschlagenen Teuerungssätze im Höhe von 150 Prozent hinauszugehen und 200 Prozent Teuerungszulage an die anhaltischen Beamten zu gewähren. Beamte an „teuren Orten" erhalten gleichwohl die erhöhte Teuerungszulage. Der Satz für Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene von Beamten wurde von 25 auf 40 Prozent erhöht. Die Sätze wurden einstimmig bewilligt. Der Gesamtaufwand beträgt für Anhalt 6 386 700 M.

Merseburg und Umgegend.

23. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Der 1. Mai als kirchlicher Feiertag.** Der Gedanke einer kirchlichen Feier am 1. Mai als ständige Einrichtung wird zurzeit in kirchlichen Kreisen Deutschlands erwogen, und es sind, wie der Berl. Lok.-Anzeiger hört, vorbereitende Schritte im Gange. Der Gedanke war bereits im vorigen Jahre aufgegriffen worden, mußte damals aber wegen bald vorgerückten Reichsjahres zurückgestellt werden.

** **Signierung der Eisenbahngüter.** Handel wie Industrie können nur immer wieder darauf hingewiesen werden, wie wichtig eine dauerhafte Signierung der Güter ist. Eine Kiste, ein Faß, ein Ballen, auf deren Brettern oder Verpackung die Versandstation, Abgangsdatum und Empfangsstation sowie Zeichen und Nummer der Signatur übereinstimmend mit dem Frachtbrief dauerhaft und deutlich mit Farbe oder Farbenstift aufgemalt sind, sonstige Güter, besonders Maschinen und lose Eisenteile, sowie Bunde Eisen, an denen gute Anhänger aus Weißblech an geschützten Stellen dauerhaft angebracht sind, werden dem Empfänger fast immer sicher zulaufen. Alte Signierungen müssen aber auf jeden Fall entfernt werden, sie geben häufig zu Fehlläufen Veranlassung und erschweren den Ausgleich bei Verschleppungen. Auch die Festigkeit der Verpackungsmittel trägt sehr zur Verminderung der Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr bei. In den Frachtbriefen muß die Verpackungsart und der Inhalt genau angegeben werden, damit bei Verschleppungen der Ausgleich möglich ist. Statt den üblichen Bezeichnungen Kolli muß es heißen: 5 Stange Stahl (rund, Durchmesser usw.) oder 1 Bund Eisen (Länge und Durchmesser der einzelnen Stangen angeben). Wenn jeder vor der Übergabe seines Gutes an die Eisenbahn diese Grundsätze sich überlegen und befolgen würde, so würde er zur Minderung der Verkehrsnot beitragen und sich und die Eisenbahn vor Schaden und viel Ärger bewahren.

** **Über die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe auf dem Lande** verbreitet sich eine Verfügung einer einzelstaatlichen Landesregierung folgendermaßen: „Die Bezirksleitung der Technischen Nothilfe hat darauf hingewiesen, daß bei inneren Unruhen wiederholt die Hochspannungsleitungen und Umformer der Überlandzentrale beschädigt worden sind, so daß die an die Überlandwerke angeschlossenen Gemeinden von der elektrischen Licht- und Kraftquelle abgeschnitten waren. Die Bezirksleitung hat mit Recht bemerkt, daß derartige Beschädigungen, deren Folgen gerade in den Zeiten innerer Unruhen nur schwer beseitigt werden können, unter Umständen für die beteiligten Gemeinden einen außerordentlich schweren Nachteil bedeuten. Die Gemeinden werden deshalb angewiesen, Vorkehrungen zu treffen, um im Falle der Gefahr diesen Schutz sicherzustellen. Es müssen zu diesem Zweck freiwillige Kräfte aufgerufen und von den Gemeinden, auf deren Markung Hochspannungsleitungen und Umformer sich befinden, muß ein Überwachungsdienst vorbereitet werden. Es empfiehlt sich, einen Vortrag über die Technische Nothilfe im allgemeinen und über den Leitungsschutz im besonderen halten zu lassen. Dazu kann der nächste Ortsgruppenführer der Technischen Nothilfe aufgefordert oder die Bezirksleitung der Technischen Nothilfe um Abordnung eines Redners ersucht werden." — Diese Verfügung kennzeichnet wir ein sächsisches Tätigkeitsgebiet der Technischen Nothilfe. Als weitere Einzelgebiete seien erwähnt: Die Aufrechterhaltung des Betriebes von Molkereien, des landwirtschaftlichen Betriebes der Krankenhäuser, die Pferdeeisenbahnen, die Transportanstalten, soweit sie als lebenswichtig anzusehen sind.

** **Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und Entlassung von Arbeitnehmern in der Demobilmachungszeit.** Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes haben eine Änderung der Verordnung vom 3. Sept. über Wiedereinstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten in der Demobilmachungszeit erfahren. Es ist deshalb erforderlich gemacht, die durch eine soeben im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 12. Februar 1920 erfolgt ist. In dieser Abänderungsverordnung wird namentlich die Durchführung der Ansprüche auf Erneuerung oder Fortsetzung eines Dienstverhältnisses bei unzulässiger Kündigung nach der Demobilmachungsverordnung mit dem neuen Einspruchsverfahren nach dem Betriebsrätegesetz in Einklang gebracht. Anderseits mußten die bisherigen Vorschriften der Verordnung über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerausschüsse bei Kündigungen mit Rücksicht darauf, daß die einheitliche Regelung dieser Frage in dem Betriebsrätegesetz in Fortfall kommen. Die Anrufung des Schlichtungsausschusses bei Verweigerung der Wiedereinstellung oder unzulässiger Entlassung ist an die Einhaltung einer Ausschlußfrist von drei Wochen geknüpft. Schließlich grenzt die neue Verordnung die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Gerichte klarer ab.

*** **Kriegerfestschriften für kinderreiche Familien.** Die Vereinigung „Heimkultur". Stift Wiesbaden, die jetzt auch hier eine Ortsgruppe bilden will, hatte schon Anfang 1917 als Stiftung des Direktors E. Ubligt (Wiesbaden) 100 000 große Heimstättendenkschriften den Frontruppen und Lazaretten gestiftet (Preis im Handel M 2,40), in denen die praktische Durchführung der Heimstättensache, die sie im Heimkulturverlag schon seit 1903, also seit 15 Jahren, in zahlreichen Büchern erörterte, sehr anschaulich gezeigt wurde. Jetzt geht sie dazu über, an jedem Orte einen Krieger-Heimstätten-Ausschuß zu bilden, der nach dem Volksbauystem des Landwehrmannes Beep eine ganz billige Musterheimstätte errichten wird. Dem Ausschuß sollen insbesondere auch hiesige Fachkreise angehören. Alle nähere Auskunft von der Beratungsstelle der Vereinigung „Heimkultur" in Wiesbaden-Adolfshöhe, Nassauerstraße 3.

** **Kommunistische Verbezettel auf Gefscheinen.** Das Lexikon der Schlagwörter der K. P. D. muß herhalten, um aus seiner Vielseitigkeit Sprüche zu liefern, mit denen zerrissene Geldscheine wieder zusammengeklebt werden. So lesen wir auf zerrissenen 1 M-Scheinen: „In welchem Staat zahlt Ihr keine Steuern? In der Räterepublik! — Wie werdet Ihr die Steuern los? Durch die kommunistische Räterepublik! — Wer lebt von Deinen Steuern? Die Schieber, Wucherer, Offiziere und Bürokraten! — Wer repariert die zerlumpte Mark? Der Kommunist! — Wer zahlt die Steuern? Der Arbeiter und der kleine Mittelstand! — Ist der Staat zahlungsfähig? Nein, er ist bankerott!" — Gegen einen derartigen Mißbrauch des deutschen Geldes zu bolschewistischer Agitation kann man sich vorzüglich wehren, indem man ganz einfach die Annahme der mit solchen Klebezetteln versehenen Geldscheine verweigert. Wenn man dieses Mittel unbedingt durchführt, wird man bald erleben, daß sich die kommunistischen Propagandageldscheine wieder in den Kassen der K. P. D. sammeln werden und die beabsichtigte Wirkung hinfällig ist.

Sitzung des Bezirksausschusses für Jugendpflege.

Am Donnerstag den 19. Februar, vormittags 11 Uhr, fand im Jugendheim „Herzog Christian" in Merseburg unter Vorsitz des Regierungspräsidenten von Gersdorf eine Sitzung des Bezirksausschusses für Jugendpflege statt, an der die Vertreter der Jugendpflegeverbände des Bezirks, der Landrätsämter und Magistrate sowie die Kreisjugendpfleger teilnahmen. Es waren 50 Personen erschienen. Nach der Begrüßung gab der Regierungspräsident in längerer Rede auf eine Reihe von Punkten der Jugendpflege und Jugendbewegung des Bezirks ein. Die Jugendpflege unterstehe seit dem 1. November 1919 dem Minister für Wohlfahrtspflege. Erfreulicherweise hält auch dieses Ministerium daran fest, daß die Jugendpflege nicht verstaatlicht werden darf, sie bleibt vielmehr eine freiwillige, von allem Zwang befreite Arbeit ideal gesinnter Männer und Frauen. Auch die von manchen Seiten gewünschte Provinzialorganisation der Jugendpflege wird mit Recht abgelehnt, da nur die Bezirksorganisation eine Geschmeidigkeit verhält. Bei aller Freiheit, die der Jugend gewährt werden soll in den Jugendvereinen, ist doch energisch darauf zu sehen, daß man ihr nicht um sie zu gewinnen, Zugeständnisse macht, die einer erziehlichen Beeinflussung im Wege stehen. Bei Bewilligung von Beihilfen aus dem Jugendpflegefonds ist darauf zu sehen, daß nur die zur Begründung dieses Zweckes im Auge haben, ausgeschlossen werden; ebenso ist bei Neugründung von Vereinen in den meisten Fällen erst abzuwarten, ob sie auch wirklich eine ernste, beharrliche Erziehungsarbeit leisten, ehe ihnen Beihilfen gegeben werden.

Die Statistik über die von der organisierten Jugendpflege erfaßten Jugendlichen zeigt, daß im letzten Jahre die Zahl dieser Jugendlichen

---

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Richtig — da fuhr die Lossower Equipage durch das Einfahrtstor; gleich darauf hielt sie vor der breiten Sandsteintreppe des Herrenhauses, das mit seiner grauen schmucklosen Fassade und dem massigen, runden Eckturm weniger malerisch, als fest und solid auf seinen Grundmauern stand.

Aus dem Wagen stieg Kuno von Lossow, peinlich elegant und akkurat, fast etwas hinderlich gekleidet.

Mit seinem liebenswürdigsten Lächeln ging er auf Onkel Heribert zu und streckte ihm schon von weitem scheinbar mit großer Herzlichkeit die Hand entgegen.

„Guten Tag, Onkel Heribert! Ich sehe zu meiner großen Freude, daß du dich wohl befindest."

Der alte Herr nickte mit einem humorvollen Lächeln.

„Ja, ja, Kuno, die Lossows sind ein zäher, robuster Schlag", antwortete er, die gereichte Hand so kräftig drückend, daß Kuno eine kleine Grimasse nicht unterdrücken konnte.

„Ich wollte, ich könnte das in bezug auf meine Person auch behaupten, Onkel Heribert. Ich bin leider recht wenig kräftig und gesund. Aber das machen die Sorgen — die vielen, vielen Sorgen! Du weißt, Lossow ist nicht sehr ertragsfähig."

„Nun, nun, es nährt seinen Mann, Kuno", antwortete der alte Herr gutmütig spottend.

„O, die Zeiten sind schlecht, sehr schlecht, Onkel Heribert; man hat zu kämpfen."

Der alte Herr kannte dies alte Lied schon. Er wußte aber auch, daß die Erträgnisse von Lossow niemals ausreichten, weil man dort Prunk und Glanz liebte, weil Kuno sich nicht genügend um die Bewirtschaftung des Gutes kümmerte und weil Frau Helene und ihre Tochter in kostbaren Toiletten zwar gut repräsentieren konnten, aber sonst recht wenig Hausfrauentugenden besaßen. Auch daß Botho bei seinem teuren Berliner Regiment das Geld mit vollen Händen hinauswarf, wußte der alte Herr. Aber er sagte nie ein Wort darüber.

Kuno hatte den Hut abgenommen und strich glättend mit der Hand über seinen Scheitel.

„Ja — hm — tjah — du merkst nur nichts davon, Onkel Heribert. Du bist allein — wir sind unser vier. Das ist ein Unterschied. Aber lassen wir das jetzt. Mich führt heute etwas ganz besonderes zu dir. Ich habe dir leider eine sehr unangenehme Mitteilung zu machen. Wenn du mit mir ins Haus gehen wolltest — es ist nämlich — ich möchte nicht, daß uns jemand hören könnte."

Heribert von Lossow sah scharf und prüfend in das Gesicht seines Neffen. Er sah, daß es nervös in demselben zuckte. Gewöhnlich kam Kuno nach Erwähnung der schlechten Zeit mit einem Anliegen hervor, das die Kasse des alten Herren in Anspruch nahm. Aber heute lag noch etwas anderes in Kunos Gesicht, was sich der alte Herr trotz seines Scharfsinns nicht deuten konnte.

„Also gehen wir hinein, Kuno."

Dieser reichte dem Oheim mit einer Verbeugung seinen Arm.

„Komm, stütze dich auf mich, lieber Onkel."

Der alte Herr sah mit hurmorvollem Lächeln auf Kunos hagere, kraftlose Gestalt, die selber einer Stütze zu bedürfen schien. Trotzdem Kuno fünfzehn Jahre weniger zählte als sein Oheim, war er durchaus nicht rüstiger als dieser.

„Laß nur, Kuno, ich habe einen guten, festen Stock. Der ist mir Stütze genug", sagte Heribert von Lossow.

Sie schritten nebeneinander in das Haus und betraten das mit behaglichem Komfort ausgestattete Wohnzimmer.

„Nimm Platz, Kuno! Da im Schränkchen findest du Rauchzeug und etwas Trinkbares. Bediene dich, wenn du Bedürfnisse hast."

„Ich danke dir, Onkel Heribert, aber ich bin viel zu erregt, um etwas genießen zu können. Eine Zigarette höchstens, wenn du erlaubst."

„Also bitte — bediene dich. Ich stecke mir auch eine Zigarre an. So, mit einem guten Kraut zwischen den Zähnen ist man widerstandsfähiger. Nun sei dich nieder, ich tue desgleichen."

Sie hatten sich bedient und liefen sich nun in den behaglichen, tiefen Lederstühlen, die um den runden Tisch standen, nieder.

„Nun schieß los, Kuno. Was hast du auf dem Herzen?" sagte der alte Herr gemütlich.

Kuno fingerte nervös an seiner Brusttasche herum.

„Es ist etwas Schreckliches, Onkel Heribert. Mache dich auf etwas Schreckliches gefaßt."

„Etwas Schreckliches? Ist Botho etwas zugestoßen?"

„Nein, nein, das, Gott sei Dank, nicht! Er kommt in den nächsten Tagen auf Urlaub und läßt sich dir bestens empfehlen. Es ist etwas anderes, Onkel Heribert. Denke dir — ich habe heute einen Brief erhalten von — von meinem Bruder Fritz. Er lebt noch."

Es blitzte seltsam auf in den Augen des alten Herrn. Mit einem jähen Ruck richtete er sich in seinem Sessel kerzengerade empor.

„Der Fritz! Ein Lebenszeichen von ihm! Und das nennst du etwas Schreckliches, Kuno? Nun, das muß ich sagen — darauf war ich nicht gefaßt. Also der Fritz lebt! Du, das ist doch eine freudige Nachricht!"

„O, du wirst schnell genug anderer Meinung sein, wenn du erst alles weißt, Onkel Heribert. Du stehst mich in fassungsloser Empörung. Auch Helene ist außer sich. Schmach und Schande hat er über unsern guten Namen gebracht. Aber was konnte man auch besseres von diesem Menschen erwarten! Ich bin ganz krank vor Entrüstung und Scham über diesen Bruder!"

Heribert von Lossows Gesicht zog sich finster zusammen und seine Augen brannten düster, wie im Schmerz.

„Schmach und Schande — auf unsern Namen? Das hätte ich dem Fritz nicht zugetraut. Ein Bruder Leichtsinn, dem das Geld nur allzu locker saß, ein leichtsinniger Übermut war er — aber doch ein grundehrlicher, anständiger Kerl! Schlecht — nein, für schlecht habe ich ihn nie gehalten. Er war ein echter Lossow! Viel echter als du — nimm es mir nicht übel. Jetzt kann ich es dir ja sagen — es hat mir sehr leid getan, daß er damals nicht zu mir kam und mich um Hilfe bat, ehe er über den großen Teich ging. Wiederum hat mich aber auch sein trotziger Stolz gereut. Ich hätte ihm nicht in die Welt hinausgestoßen. Bei mir in Lemkow wäre Platz genug für ihn gewesen, und ich hätte ihn schon zur Vernunft gebracht. Du härtest ihn nicht so haltlos hinausstoßen dürfen, wie du es getan hast! Das muß ich dir heute mal sagen! Nein, nein — verteidige dich nicht! Es hätte dir mit gutem Willen wohl ein anderer Ausweg finden lassen. Aber das läßt sich nun nicht mehr ändern. Wenn Fritz wirklich Schmach und Schande über uns bringt, dann sind wir nicht ohne Schuld und müssen es tragen. Nun rede aber erst. Was ist geschehen, was hat Fritz getan? Und wo steckt er überhaupt? Ich habe ihn wirklich längst zu den Toten gerechnet. Also sprich, sage mir alles!"

Kuno atmete tief auf.

„Wirst du dich auch nicht zu sehr aufregen, Onkel Heribert? Ich selbst bin ganz von Kräften vor Schreck über diese Erfindungen", stieß er unsicher hervor.

Der alte Herr machte eine unwillige Bewegung.

„Sprich endlich, ich liebe diese langen Umschweife nicht."

Kuno fingerte wieder an seiner Brusttasche herum.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200224-12/fragment/page=0005

wieder gestiegen ist (um fast 2000). Von den im Regierungsbezirke vorhandenen 100 257 Jugendlichen beiderlei Geschlechts sind gegenwärtig 30 015, also 30 Prozent, erfaßt worden, ein den Verhältnissen entsprechendes günstiges Ergebnis.

Die Arbeit in der Jugendpflege muß auch weiterhin ehrenamtlich bleiben, da leider keine Mittel zur Verfügung stehen, hier mit Besoldungen einzugreifen. Der Idealismus der treuen Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen, die gegenwärtig im Bezirke in der praktischen Arbeit stehen, wird auch weiterhin trotzdem durchhalten.

Im letzten Jahre sind im Bezirke 37 Lehrgänge zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern abgehalten worden, an denen 1500 Personen teilnahmen. Von großer Wichtigkeit ist der Merseburger Hauptlehrgang, für den auch für 1920 vom Ministerium bereits wieder die Mittel bewilligt worden sind. Die Lichtbilderhauptstelle des Bezirks ist im letzten Jahre ganz besonders ausgebaut worden, wie das neu aufgelegte Lichtbilderverzeichnis mit seiner Anleitung zur Besprechung der Bilder beweist. Die neu geschaffene Beratungsstelle für Jugend- und Volksbücherei wird diesen wichtigen Zweig der Jugend- und Volksbildung wesentlich fördern. — Die Verfügung vom 27. Dezember 1919 über die Wettspielnachmittage hat dem Wunsche der Konferenz der Kreisjugendpfleger vom 21. Oktober 1919, die Turn- und Sportvereine bei Veranstaltung der Wettspiele in weitgehendster Weise heranzuziehen, entsprochen. — Die Hackt-Berkow-Spiele mit ihren schlichten, ergreifenden Volkstänzen, haben mit Hilfe der organisierten Jugendpflege in einer ganzen Reihe von Orten des Bezirks großen Beifall gefunden (Merseburg, Halle, Eisleben, Sangerhausen, Delitzsch, Wittenberg, Zeitz, Freyburg, Laucha, Eckartsberga).

Im Schlusse seiner Ausführungen dankte der Regierungspräsident besonders noch der Presse aller Parteien, die stets bereitwilligst und entgegenkommend die Sache der Jugenderziehung gefördert hat.

Darauf berichtete der Bezirksjugendpfleger, Oberlehrer Hembrich über die Konferenz der Jugendpfleger, die am 18. und 19. Dezember v. J. im Wohlfahrtsministerium in Berlin stattfand. Auf dieser Konferenz wurde die Bildung eines Landesausschusses für Jugendpflege beschlossen, die die bisherige Organisation: Ortsausschuß, Kreisausschuß, Bezirksausschuß für Jugendpflege zum Abschluß bringen soll. Sodann wurde beraten über Beteiligung der bestehenden Jugendpflegeorganisationen an den Aufgaben der Wohlfahrts- bezw. Jugendämtern. Die Berliner Konferenz hielt daran fest, daß bei Einrichtung von Jugendämtern an der Selbständigkeit der Jugendpflege festgehalten werden soll. — Bei dem dritten Punkte der Berliner Tagung: „Anregungen aus der Mitte der Versammlung zur zeitgemäßen Förderung der Jugendpflege" wurde auf die Notwendigkeit der Lehrgänge für Jugendpflege hingewiesen, besonders auf die Einrichtung einer Jugendpflegeschule für jeden Bezirk, auf der alle Jugendpflegeverbände zu Worte kommen, neben theoretischen Erörterungen viel praktische Übungen vorzunehmen sind und besonders die gemeinsamen Wege betont werden. Der Bezirksjugendpflegeschule muß die Musterstätte eines Jugendheimes zur Seite stehen. Ferner wurde die Notwendigkeit der Mädchenfortbildungsschule betont und noch manch anderer Wunsch geäußert.

Dem Berichte des Bezirksjugendpflegers folgte eine längere Aussprache über die Frage des Anschlusses der politischen Jugendvereine an die staatliche organisierte Jugendpflege und ihre Unterstützung aus dem staatlichen Jugendpflegefonds. Parteipolitik muß grundsätzlich und ein für allemal, gleichviel zugunsten welcher Partei, aus der Jugendpflege ausgeschieden sein. Jugendorganisationen, die ausgesprochene parteipolitische Ziele verfolgen, können daher für Unterstützungen aus dem Jugendpflegefonds nicht in Frage. Treiben dagegen Vereine, unbeschadet ihrer politischen Anschauungen, Erziehungsarbeit im Sinne der maßgebenden Ministerialerlasse, so werden die Ortsausschüsse solchen Vereinen den Anschluß nicht verwehren, vielmehr bestrebt sein, mit ihnen gemeinsam an der sittlichen Hebung der Jugend und des Volkes zu arbeiten. Beihilfen werden derartigen Vereinen nur unter der Voraussetzung gewährt, daß sie nicht zu parteipolitischen Zwecken Verwendung finden, notigenfalls wird hier der Ortsausschuß eine Kontrolle ausüben müssen.

Darauf wurden die eingegangenen Anträge besprochen. Der Antrag, daß nur solchen Vereinen in Verbänden Staatsbeihilfe zu gewähren sei, die den Ortsausschüssen angegliedert sind, fand mit der vorangegangenen Aussprache seine Erledigung.

Ferner lagen zwei Anträge vor, die die Bildung eines Amtes- oder Fachbeirates für Leibesübungen für den Bezirk verlangten. Es wurde beschlossen, diesen Fachbeirat zusammenzusetzen 1. aus dem Dezernenten für Jugendpflege der Regierung (Vorsitzender), 2. zwei Vertretern der Turnvereine der deutschen Turnerschaft des Bezirks, 3. zwei Vertretern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes des Bezirks, 4. zwei Vertretern des Mitteldeutschen Ballspielvereins im Bezirk, 5. einem Vertreter der Schwimmvereine, 6. einem Vertreter der Rudervereine, 7. einem geprüften Turnlehrer, 8. einer geprüften Turnlehrerin.

— Ein dritter Antrag verlangte die Herausgabe eines Jugendpflegeblattes für den Bezirk. Diese Angelegenheit wurde dem Arbeitsausschusse zur weiteren Erledigung überwiesen.

Wie für die Leibesübungen ein besonderer Fachausschuß gebildet wurde, hielt man auch für die übrigen Gebiete der Jugendpflege die Erweiterung des Bezirksausschusses durch besondere Fachleute für nötig, so wurden für den Bezirksausschuß folgende Personen als Mitglieder bestimmt: Rektor Mühlner-Halle, Leiter der Beratungsstelle für Jugend- und Volksbücherei, 2. Mittelschullehrer Thielen-Merseburg, Leiter der Lichtbilderhauptstelle, 3. Reichenlehrer Schlosser-Halle, Leiter der Beratungsstelle für Jugendwerkstätten, 4. Lehrer Otto Schroeter-Beesen-Ammendorf, Leiter der Beratungsstelle für Heimatsiedlung und Heimatpflege im Dienste der Jugendpflege, 5. Oberlehrer Kaminski-Merseburg als Berater für die Jugend- und Volksbühne, 6. Frau Hänel-Weißenfels für Handarbeitsfeiten in der Pflege der weiblichen Jugend. Der Bezirksjugendpfleger wies zuletzt noch auf eine Reihe verschiedener Punkte hin: 1. er bittet, die Jugendzeitschrift „Aus der Heimat" nach Kräften zu unterstützen, 2. auf den Merseburger Lehrgang, der am 18. Juli beginnen soll, sind jetzt schon geeignete Persönlichkeiten hinzuweisen, 3. der Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 3. Oktober 1919, betreffend Erteilung von Turnunterricht durch Vorturner und Turnwarte erfährt durch einen Erlaß vom 17. Januar d. J. eine Ergänzung, aus der hervorgeht, daß der betreffende Erlaß die Erteilung des Turnunterrichts an Jugendliche nicht erschweren, sondern erleichtern will. Der Erlaß wird allen Beteiligten zugänglich gemacht werden. — Gegen 2 Uhr wurde die Konferenz geschlossen.

§ **Schkeuditz**, 23. Febr. Am Donnerstag früh 7 Uhr wurde im Gebäude am Werkstättengebäude der Anstalt Alt-Scherbitz ein gerlegtes Fahrrad, anscheinend aus einem Diebstahl herrührend, vorgefunden. Rahmenbau und Räder einzeln für sich. Die vier Verbindungsschrauben für Räder und Rahmen fehlen. Ebenso fehlen Schläuche und Mäntel der Räder. Sattel trägt keine Plüschdecke. An der Lenkstange ist eine schwarze Glocke mit grünem Kleeblatt befestigt. Marke Universal Nr. 16 606 K. Der Amtsvorsteher in Alt-Scherbitz hat den Fund in Verwahrung genommen.

g **Aus dem Elsterlate**, 21. Febr. Von jeher galt sonst der Maulwurf als ein nützliches Tier, besonders durch das Vertilgen allerhand schädlichen Gewürms in den Gärten und sonstigen Anlagen, so daß man sogar den Maulwurf einfing und wieder da heimisch machte, wo er verschwunden war. Nur wenn er sich zu zahlreich zeigte, richtete er auf frisch bestellten Äckern — Gurkenfeldern und dergleichen durch seine verschiedenen Gänge Schaden an, so daß der überhandnahme durch Fangen hier und da gesteuert werden mußte. Jetzt geht es aber um seinen Pelz, nur weil daselbe wegen seines hohen Preises geschätzt wird. Gelockt hierdurch sieht man daher jetzt allenthalben die Maulwurfsjäger bei der Arbeit, um den Nichtsahnenden den Garaus zu machen. Die Folge aber davon wird sein, daß die Gattung nicht nur dezimiert wird, sondern die Bodenschädlinge sich wie Pilze vermehren und Klagen über das Nichtgedeihen vieler Früchte entstehen werden.

Handel und Verkehr.

Preiswucher auf dem Ledermarkt.

Sollen die Stiefeln noch teurer werden?

Die Preise für Rohleder steigen unaufgefordert, und namentlich die zur Herstellung von Schuhwaren verwendeten Häute erfahren von Woche zu Woche eine Preissteigerung, die jede Hoffnung auf Besserung schwinden läßt. Auf der letzten Berliner Häute- und Fellauktion wurden für trockene Kalbfelle bis zu 105,10 ℳ für das Pfund erzielt, während sich der bisherige Preis zwischen 43— und 50.— ℳ gehalten hatte. Denn nach würde ein ganzes Kalbfell jetzt annähernd 1000 ℳ kosten, was einer Steigerung um fast 100 Prozent gleichkommen würde.

Über die tatsächlichen Ursachen dieser sprunghaften Preiserhöhung, die sich gleichzeitig auch auf außerhalb Berlins abgehaltenen Auktionen, z. B. in Frankfurt a. M., bemerkbar gemacht hat, befehlen selbst in Fachkreisen der Lederindustrie widerstreitende Meinungsverschiedenheiten. Sehr verbreitet ist die Auffassung, daß hierbei Valutaspekulationen eine Rolle spielen, und daß die gebotenen enormen Preise nur in der Absicht gezahlt werden, die Ware nach dem Auslande zu verschieben. Daß der legitime Handel derartige Phantasiepreise nicht bezahlen kann, liegt klar auf der Hand. Der Zentralverein der deutschen Lederindustrie sieht im Gegensatz zu dieser Auffassung die Ursache der Preissteigerung in der durch das Gesetz vorgesehenen Konjunkturgewinnabgabe, die von der Industrie an die Reichsschuhversorgung zu leisten ist, und zwar nicht in Geld, sondern in natura. Die Folge dieser Abgabepflicht ist nach Ansicht des Zentralvereins, daß die Hautepreise in die Höhe schnellen. Da die deutsche Lederindustrie bis zu 60 und 70 Prozent vom Auslande abhängig ist, und bei ihren Ankäufen den ungünstigen Valutastand in Rechnung stellen muß, sei auch hierin ein Grund für die Preissteigerungen zu sehen.

Von verschiedenen Seiten ist der Gedanke einer teilweisen Wiedereinführung der gebundenen Wirtschaft für den Lederhandel erwogen und den in Frage kommenden Regierungsstellen nahegelegt worden. Doch wehren sich die Interessenten nach Kräften dagegen. Den Eindruck, daß sie den gegenwärtigen Zustand, in dem ein Paar Stiefel Hunderte von Mark kostet, besonders beklagen, kann man nicht gewinnen, und die Zustände, wie sie sich nach Freigabe des Lederhandels entwickelt haben, sind nicht verlockend, den Ruf nach völliger Aufhebung der staatlichen Berichterstattung für alle Waren zu unterstützen.

Unsere Regierung sieht offenbar ganz richtig, wenn die Stiefel demnächst 400 oder noch mehr Mark kosten, und die Bevölkerung von den Lederinteressenten buchstäblich ausgeplündert wird.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Darf zuviel gezahlter Lohn zurückgefordert werden?** Mit dieser Frage beschäftigte sich das Gewerbegericht in Halle in seiner letzten Sitzung. Die Zuckerraffinerie zu Halle hatte an etwa 70 Arbeiter einen Akkordlohn von 2,20 anstatt 2,— ℳ ausgezahlt in dem Glauben, daß der Akkordlohn dieser Betrag wäre. Der Arbeiterausschuß machte die Firma darauf aufmerksam, daß sie nur den tarifischen Lohn von 2 ℳ zu beanspruchen hätten, trotzdem zahlte die Firma den erhöhten Betrag aus und die Arbeiter haben diesen in dem guten Glauben angenommen und inzwischen verbraucht. Die Firma wollte nun, nachdem sich der Irrtum aufgeklärt hatte, den Arbeitern den zuviel gezahlten Lohn wieder in Abzug bringen. Um in dieser Sache eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, klagte ein Arbeiter der Firma gegen die Zurückbehaltung des zuviel gezahlten Lohnes. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß die Arbeiter den ihnen von der Firma zuviel gezahlten Lohn im guten Glauben als richtig angenommen und auch inzwischen schon verbraucht haben, also heute nicht mehr in dem Besitz des Geldes sind. Demzufolge kann auch die Firma den freiwillig zuviel gezahlten Lohn nachträglich nicht wieder zurückverlangen.

⊥ **Leipzig**, 21. Febr. In dem Prozeß gegen den Bizestadtverordnetenvorsteher Scheib und den Stadtverordneten Krug, die wegen Nötigung des Leipziger Oberbürgermeisters zur Herausgabe von 400 000 ℳ zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt sind, wurde gestern vom Reichsgericht das am 23. Januar vertagte Urteil verkündet. Die Revision der beiden Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 12. Juli 1919 ist als verwerfen. In eingehender Begründung wird dargelegt, daß der strafbare Tatbestand einwandfrei festgestellt sei, insbesondere sei auch die Mittäterschaft an der von Friedrich Geyer besangenen Handlung einwandfrei festgestellt. Ein Recht des Arbeiter- und Soldatenrates zur Verhaftung des Oberbürgermeisters lag nicht vor.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

§ **Die Stellung der Frau in der Kommunistengemeinde** von Dr. B. Schidlof. (Verlag der Kunstlige G. m. b. H., Berlin W 35). Die überaus wichtige Frage, welche Bedeutung der Kommunismus für das Familienleben, d. h. im besonderen Maße für die Frau und das Kind haben würde, ist jetzt gänzlich außer acht gelassen worden. Der bekannte Gelehrte Dr. B. Schidlof hat in der obigen Schrift gerade diese Seite des kommunistischen Problems in feinsinniger, geistvoller Weise behandelt. Schidlof baut seine Betrachtungen auf historisch einwandfreiem Material auf, indem er seiner Schrift die Erfahrungen der zahlreichen kommunistischen Staatsbildungen vom frühesten Altertum bis in unsere Zeit hinein zugrunde legt. Wir empfehlen die Schrift unseren Lesern.

Gewerksch. Bund deutsch. Verwaltungsbeamten.
Bezirksgruppe Merseburg.

Morgen **Dienstag**, den 24. Februar 1920, **abends 7½ Uhr** findet im Saale von Rüllkes Freundenheim eine

/ Mitglieder-Vollversammlung /

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Bildung der hiesigen Ortsgruppe.
2. Ergänzungswahlen zum Vorstande des hiesigen Ortskartells.
3. Reg.-Hauptk.-Buchh. Elze: **Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Ortskartells.**
4. Landeskulturamtsschr. Nebel: **Schwebende Beamtenfragen.**
5. Verschiedenes.

Nur Mitglieder mit ihren Damen haben Zutritt.

Der Vorstand.
Nebel, 1. Vorsitzender. Reich, 1. Schriftwart.

Jeden Posten
Matulatur
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Bei
Gicht u. Rheumatismus
Blutarmut, Appetitlosigkeit, überhaupt bei allen Schwächen und Krankheiten des Blutes ist Dr. Schubberts
Rhostikon
sehr zu empfehlen. Zu haben in der Dom- u. Stadtapotheke zu Merseburg.

Ausschneiden! Aufbewahren!
+ Frauen +
verlangen
bei Störungen u. Unregelmäßigk. sofort nur d. anerkannt vorzügl.
Dr. Hoffmanns Mensalin.
Bestbewährt u. empfohl. Garant. unschädlich. — Preis M. 5.—
Versand diskret nur durch
Dr. K. Hoffmann & Co.,
Berlin-Schöneberg B 132

+ Frauen +
schützen sich vor wertlosen Nachahmungen und nehmen bei Störungen
im Vertrauen
auf die bisherigen glänzenden Erfolge das ärztlich empfohlene
Menstragen.
Preis Mk. 7.50. Echt und diskret.
Versand nur durch
Medicinal-Laboratorium
Abt. 19, Berlin S 59.

Pferde-Handlung Juchoff
Neumarkt Nr. 42. Telephon Nr. 515.
Von heute ab stehen wieder prima
4- u 5jähr. belgische Spannpferde
sowie
Oldenburg. Acker- u. Wagenpferde
in großer Auswahl zu äußerst soliden Preisen zum Verkauf.

Kammer-Lichtspiele!
Kleine Ritterstraße Nr. 8 Fernruf 529
Ab Dienstag bis Donnerstag:
„IKARUS!!"
„Im Höhenflug der Leidenschaften!"
Der Roman einer Geheim-Agentin in 6 Akten.
„Rächer Tod!!"
Eine Tragödie in 5 Teilen.
Hierzu ein entzückendes Beiprogramm!
Anfang 6 Uhr mit durchgehendem Programm

Echter Nordhäuser
KAU-TABAK
in guter Beize.
Zigaretten, erstklassige Marken, Pico Nr. 20 = 20 Pf., Nr. 25 = 25 Pf.
Die berühmten Kantos- und Kanthis-Zigaretten, à 15 bis 40 Pf.
Neumarkt 34. Karl Mühlbach. Sand 16.

Gummiwaren
Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen
sanitäre Frauenartikel
Anfrag. erbrt. Versandhaus Heusinger Dresden 240. Am See 3.

Meldet Euch als Zeit-Freiwillige!
Einberufung nur im Notfall
Auskunft, Meldungen und Annahme in der Landes-Versicherungs-Anstalt, Zimmer Nr. 68

Funkenburg.
Dienstag, den 24. Februar
Grosser BALL.
Volles Orchester. Anfang ½7 Uhr.

Unterricht!
Nehme meine Unterrichte wieder auf, bestehend in Erlernung und Anleitung der eigenen Damengarderobe sowie Zuschneiden und Schnittzeichnen, leicht faßliche Methode; jahrelange, gute Erfolge in der Lehrlingsanleitung.
F. Hartung, Damenschneidermeisterin, Kleiststraße 3, 2 Tr.

Wäsche zum Plätten
wird angenommen
Frau Hoffmann,
Meuschauer Straße Nr. 2.

Empfehle mich als
Stickerin
für Kleider, Blusen und anderen Stickarbeiten.
Fräul. Bock, Seitenbeutel 5.

Favorit-Moden-Album
Frühjahrs-Sommer 1920
eingetroffen.
Marie Mühler Nachf.,
Gotthardstr. 42.

Merseburger Turnerschaft.
Es turnen:
Mitglieder und Jugendturner: Dienstag und Freitag 8—10 Uhr;
Turnerinnen: Donnerstag 8—10 Uhr;
Knaben: Dienstag u. Freitag 6—½8 Uhr;
Mädchen: Sonnabend 4 bis 6 Uhr.

G. D. H.
50er. V.D.H. V.d.D.K. M.P.V.
Dienstag den 24. Februar 1920, abends 7½ Uhr im Gasthaus „Kalter Mond":
II. Monats-Versammlung!
U. a. Bericht über die klägliche Versammlung der Afa.
Der Vorstand

Nur 2 Tage! **CASINO.** Nur 2 Tage!
Mon.ag, den 23., und Dienstag, den 24. Februar:
täglich 2 Vorstellungen!
4½ Uhr: Schüler- und Familienvorstellung zu ermäßigten Preisen.
Abends 8 Uhr:
Große Haupt- und Gala-Vorstellung!
Gastspielreise von Williams weltberühmter
Liliputaner Varietee- u. Theatergesellschaft
vom Liebig-Theater in Breslau.
16 Mitglieder.
Die kleinsten Damen und Herren der Welt.
Zierlich und normal gebaute Menschen.
Jeder einzelne ein erstklassiger Künstler mit ihren noch nie gesehenen Raumenerieg nden Kun-leistun en. —
Täglich Auftreten sämtlicher Liliputaner.
Vorverkauf in der Zigarrenhandlung Otto Fuchs, Kleine Ritterstraße 16: Sperrsitz 3.60, 1. Platz 2.40, 2. Platz 1.50 Mark; nachmittags Kinder: 1.20, 0.90 und 0.60 Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200224-12/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Ehrenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 46 — Dienstag, den 24. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Ueberschicht!

Die Tatsache, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet auf die Vorstellungen des Reichskanzlers Bauer und des Reichsarbeitsministers Schlicke hin den achtzehnhalbstündigen Arbeitstag bewilligten, ist von so großer allgemeiner Bedeutung, daß man auf sie noch einmal in breiterem Rahmen zurückkommen muß. Herr Bauer hat in längerer Darstellung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" persönlich auf die günstigen Wirkungen hingewiesen, die der Entschluß der Ruhrarbeiterschaft auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben haben kann, und dem ist an sich nichts zuzufügen. Hier soll auch nur auf die großen Zusammenhänge hingewiesen werden, die angesichts des Zugeständnisses der Überschichten von seiten der Arbeiter im Auge behalten werden müssen. Es ist immer wieder von neuem festgestellt worden, daß Deutschland weder in außen- noch in innenpolitischer Beziehung aus dem jetzigen nationalen Tiefstand herauskommen kann, wenn bei uns nicht gearbeitet wird. Ungeduldige Kritiker der Regierungen haben daher auch seit langem nach Gewaltmaßregeln gerufen, ohne zu bedenken, daß auch die stärkste Kraftäußerung verpufft oder die übelsten Folgen mit sich bringt, wenn sie nicht den richtigen Augenblick abwartet. Man stelle sich doch nur einmal vor, was geschehen wäre, wenn die Regierung vor drei, vier Monaten oder gar noch früher mit Gewalt gedroht hätte. Wir haben eben erst erlebt, welch schwere Kämpfe es kostete, um den unabhängig-kommunistischen Vorstoß mit dem Ziele des Sechsstundentages abzuwehren. Heute hat der Reichskommissar Severing nun erfreulicherweise in der Gesamtlage schon soviel Rückhalt, daß er und die Reichsregierung im Namen des deutschen Volkes erklären konnten, das Problem einer verlängerten Arbeitszeit müsse eine günstige Lösung finden, da sonst die Staatsgewalten zu anderen Mitteln zu greifen gezwungen wären. Der radikale Teil der Arbeiterschaft hat das selbstverständlich als unzulässige Drohung aufgefaßt, aber innerhalb der besonnenen Mehrheit ist die Einsicht in die Bedingungen des Wirtschaftsprozesses heute schon soweit vorgeschritten, daß die Hetzer kein Gehör mehr finden. Es sollen und werden Überschichten verfahren, und diesem ersten Schritt zur Wiedergesundung werden naturnotwendig weitere folgen. Was solange vergeblich angestrebt worden ist, wurde zur Wirklichkeit, und schon zeigen sich die erwarteten Konsequenzen. Auch unsere Valutanot ist nur aus einem Punkte zu heilen: arbeiten und mehr arbeiten als die anderen. Wenn die neue Einrichtung von Überschichten von Dauer bleibt oder gar ausgebaut wird, wenn durch die Zufuhr von Kohlen die große Wirtschaftsmaschine in schnelleren Gang kommt, dann werden auch die deutschen Zahlungsmittel langsam an Wert zunehmen, dann werden sich die Lebensmittel verbilligen, die Lebenshaltung des Einzelnen wird aus dem anormalen heutigen Zustand wieder auf normalere Bahnen gelangen, und die Welt draußen wird erkennen, daß Deutschland sich wieder auf den Weg zurückzufinden beginnt, auf dem es früher mit Bewunderung und heimlichem Neid in so beschwingtem Schritt hat vorwärts schreiten können. Der Regierung wird es also obliegen, den neuen Vertrag mit der Bergarbeiterschaft gegen jede Beeinträchtigung und jeden Stimmungsumschwung zu schützen, damit mit jedem Waggon Kohle, der aus dem Ruhrgebiet abrollt, die Perle ins Land getragen wird, in deren Zeichen allein die Wiedererstehung Deutschlands erreicht werden kann: Überschicht! Überschichten im Bergbau, Überschichten in der Industrie, Überschicht im Arbeitstag jedes einzelnen — eines muß das andere nach sich ziehen, damit gleichzeitig mit dem Mehr an Arbeit auch ein Mehr an Erzeugung erreicht wird, auf dem wir Stufe um Stufe wieder emporsteigen.

Nach dem Frieden.

Bisher 190 000 Gefangene aus Frankreich zurückgekehrt.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß seit dem 20. Januar insgesamt 190 000 Mann, darunter über 43 000 Offiziere, aus den Gefangenenlagern Frankreichs zurückgekehrt sind. Der Abtransport vollzieht sich andauernd planmäßig.

Teilnahme Deutschlands an der internationalen Finanzkonferenz.

Haag, 23. Febr. Nach Ansicht maßgebender Finanzkreise wird die Entente Deutschland auffordern, die internationale Finanzkonferenz zu beschicken. Man ist sich augenscheinlich darüber klar geworden, daß erfolgreiche Finanzbesprechungen unter Ausschluß der Mittelmächte ausgeschlossen sind. Deutsche Finanzsachverständige sollen auf der Konferenz Vorschläge zur Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens machen.

Poincaré Präsident der Wiedergutmachungs-Kommission.

Paris, 23. Febr. Zum Präsidenten der Reparationskommission wurde der frühere Präsident der Republik Poincaré ernannt. Die Blätter begrüßen diese Ernennung als besonders günstiges Ereignis für Frankreich und hoffen, daß Poincaré mit aller Kraft Deutschland zwingen werde, die finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen.

Die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte.

Aus Berlin wird berichtet: Nachdem die größeren Schiffe der deutschen Handelsflotte bereits der Entente übergeben worden sind, ist nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nunmehr auch der Rest der Schiffe über 1000 Tonnen abzuliefern. Eine diesbezügliche Note der Entente liegt bereits vor. Zur Ausführung auch dieser Bestimmung des Schandvertrages erläßt der Reichsminister für Wiederaufbau eine Bekanntmachung über die Enteignung der deutschen Handelsschiffe über 1600 Tonnen. Hiernach sind alle Schiffe mit einem Raumgehalt von 1600 Bruttoregistertonnen und darüber für das Deutsche Reich zu enteignen, welche die deutsche Handelsflagge führen oder einem deutschen Reichsangehörigen angehören. Die Besitzer der enteigneten Schiffe sind zur Herausgabe verpflichtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung die enteigneten Schiffe bis zum 10. März d. J. spätestens den alliierten und assoziierten Regierungen zu übergeben hat. Die Schiffe sind bis zur Abgabe vom früheren Besitzer in Pflege zu halten. Gleichzeitig erfolgt im „Reichsanzeiger" eine weitere Verfügung, wonach die Enteignung der Schiffe von 1000 bis 1600 Tonnen angekündigt wird. Vor der Auswahl dieser Schiffe wird auf Vorschlag des Kriegsausschusses der deutschen Reederei eine Kommission gehört werden. Mit der Durchführung der Abnahme und Ablieferung der enteigneten Schiffe wird ein Ablieferungskommissar mit dem Sitze in Hamburg betraut. Dieser wird die erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen treffen, um die enteigneten Schiffe entgegen zu nehmen und abzugeben.

Die Revision der Auslieferungsliste.

Das Reutersche Büro meldet aus Paris: Der französische Ministerrat hat beschlossen, seine Vertreter auf der Revisionskonferenz anzuweisen, nur diejenigen von Frankreich zur Aburteilung aufgeforderten Deutschen von der Auslieferungsliste abzusetzen, für deren Verfehlungen Zeugen nicht namhaft zu machen sind.

Keine Antwort an den Kronprinzen.

Der „Excelsior" meldet: Die Alliierten beschlossen, dem deutschen Kronprinzen auf sein Angebot freiwilliger Stellung nicht zu antworten.

Frankreich bricht das Auslieferungsabkommen.

Zürich, 23. Febr. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" aus Paris hat der Generalstaatsanwalt angeordnet, daß die bereits angeordneten Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, die wegen Verbrechen im Krieg anhängig sind, fortzusetzen sind. Es ist gegen mehr als 300 deutsche Kriegsgefangene Anklage erhoben worden.

Poincarés Aufgabe in der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 22. Febr. „Echo de Paris" schreibt zur Ernennung Poincarés zum Vertreter Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission:

In diplomatischen Kreisen setzt man große Hoffnungen auf die Anwesenheit Poincarés in der Wiedergutmachungskommission. Die erste Anstrengung des neuen Vorsitzenden werde sich der Frage der Fristen für die Besetzung der Rheinlande zuwenden. Es sei nur zu sicher, daß die feste Haltung, die Ministerpräsident Millerand in dieser Frage eingenommen, Widerstand in der Wiedergutmachungskommission hervorgerufen habe. Diese habe nicht geglaubt, sich der Wiederbelebung der Fristen, die der französische Ministerpräsident Deutschland angedroht habe, anschließen zu können. Es sei nunmehr zu hoffen, daß die Autorität Poincarés in dieser besonders bedeutsamen Frage ein glücklicheres Ergebnis haben werde.

Eine italienische Stimme für die Revision des Versailler Vertrages.

„Corriere d'Italia" bringt einen anonymen Aufsatz, wie es heißt, von einem sehr autoritativen Verfasser über die Notwendigkeit einer Revision des „Friedensvertrages". Die Gesaltung des Friedens müsse aus den Händen des Obersten Rates genommen und dem neuen Völkerbund übertragen werden, dem alle Kriegsführenden und Neutralen angehören und der 1. eine Revision des Vertrages unter Beibehaltung der im Oktober 1918 beiderseits angenommenen Wilsonschen Richtlinien durchführen soll; 2. das Verkehrswesen reorganisieren; 3. die Finanzkrise beheben und 4. das russische Problem lösen müsse.

Die Verteilung der Beute.

Paris, 23. Febr. Nach dem „New York Herald" hat die Botschafterkonferenz in ihrer vorgestrigen Sitzung Frankreich, England und Südslawien vier Schwimmdocks der deutschen und der österreichischen Marine zugesprochen. Diese Docks könnten jedoch nur für Handelszwecke benutzt werden. Frankreich hätte jedoch die zeitliche Erlaubnis erhalten, sie zur Wiederflottmachung von Unterseebooten zu verwenden. Die Botschafterkonferenz habe ferner beschlossen, daß das Schiff „Rheinland", das augenblicklich in einem deutschen Hafen im Bau begriffen ist, versenkt werden soll.

Friedenszustand mit Amerika.

Kopenhagen, 23. Febr. Wie „Politiken" aus London erfährt, hat der amerikanische Senat erklärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Friedenszustand bestehe. Es soll eine internationale Konferenz einberufen werden, die sich mit den Fragen des Wiederaufbaues beschäftigt. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, drei Vertreter zu dieser Konferenz, die im Mai stattfinden wird, zu entsenden. Die amerikanische Regierung wird hierfür 15 Millionen Dollars zur Verfügung stellen. Diese Meldung hat in England großes Aufsehen erregt. Die Presse fragt, ob es sich um eine neue Friedenskonferenz handelt, enthält sich jedoch vorläufig aller Kommentare.

*

Millerand und Wilson.

Aus Paris wird berichtet: Millerand, der dieser Tage wieder nach London fährt, steht vor einer schweren Aufgabe, eine Lösung aller Fragen herbeizuführen, von deren Gestaltung die gesamte politische Lage Europas in der nächsten Zeit abhängen wird. Nachdem Wilson in der Adriafrage offen für die Südslawen und gegen Italien Stellung genommen und [illegible] sich auf die Seite Italiens gestellt haben, steht Mi[illegible] er sich für Amerika und [illegible] scheiden soll. Er weiß [illegible] las bei der Neugestal[illegible] andererseits die öffent[illegible] ungern sehen würde. [illegible] Adriafrage, so wäre d[illegible] Friedens von der [illegible] endete Tatsache und [illegible] amerikanisch-französisch[illegible] der Verwirklichung [illegible] macht aber Lloyd G[illegible] abhängig. Einem [illegible] bedeutenden französische[illegible] Frankreich wäre, wen[illegible] erkennen wolle, da d[illegible] den Wellfrieden sich [illegible] entscheiden, ob er lün[illegible]

Di[illegible]

De[illegible]

Die Ständig[illegible] auf Grund des Arti[illegible] der Wiedergutmachungsko[illegible] jenigen Beträgen, d[illegible] auf Grund des Frie[illegible] zu erhalten, die zur [illegible] Volkes auch bei stär[illegible] wendig sind. Das [illegible] die Wegnahme der [illegible] Ausland, der Schiffe [illegible] Maschinen und durch [illegible] armt, daß ihm [illegible] ausreichende Mittel für Zahlungen im Auslande nicht mehr zur Verfügung stehen. Noch nie ist nach Niederlegung der Waffen ein Volk wirtschaftlich und finanziell so grausam durch Aushungerung, Hinziehen, Vorenthaltungen und Übertretungen der Abmachungen bedrückt worden, wie jetzt das deutsche. Seit den Waffenstillstandsverhandlungen, also seit fast 1½ Jahren, ist dem Deutschen Reiche jede verständige Finanzierung im Auslande unterbunden.

Nach Hergabe des Goldbestandes bis auf eine Milliarde Mark wurden die ausländischen Effekten, die im deutschen Besitze waren, zur Verfügung gestellt. Die Abnahme dieser Effekten wurde in unerhörter Weise verzögert. Ein Teil der Regierungen, die die betreffenden Effekten ausgegeben hatten, benutzte die Gelegenheit, um eine verbriefte Verpflichtung, in auswärtiger Valuta zu zahlen, nicht anzuerkennen.

Neueste Nachrichten.

Internationale Wiederaufbau-Konferenz.

Kopenhagen, 23. Febr. (T.-U.) Wie „Politiken" aus Washington meldet, soll eine Konferenz einberufen werden, die sich mit der Frage des Wiederaufbaues beschäftigen wird. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, drei Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden, die im Mai dieses Jahres abgehalten werden soll. Die amerikanische Regierung will hierfür 15 Millionen Dollar zur Verfügung stellen.

Eine internationale Wirtschaftskonferenz in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 23. Febr. (T.-U.) Am 30. April und am 1. Mai 1920, kurz vor Beginn der hiesigen Frühjahrsmesse, findet hier eine internationale Wirtschaftskonferenz statt. Die Einladung hierzu geht von der Stadt, der Handelskammer und den Vorsitzenden der bedeutendsten Wirtschaftsverbände Deutschlands aus. Der Leitgedanke der Konferenz ist, die praktischen Kaufleute der verschiedenen Nationen zu einer vorurteilslosen Aussprache über die Möglichkeit der Verbesserung des internationalen Handelsverkehrs und die Herstellung dauernder friedlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern zusammenzuführen.

Die französischen Ausfuger wollen mehr essen.

Koblenz, 23. Febr. (T.-U.) Die im besetzten Gebiet weilenden französischen Zivilpersonen haben eine Abordnung zu dem Präsidenten der internationalen Rheinlandkommission in Koblenz gesandt, durch die sie gegen die Einreihung in das deutsche Ernährungssystem Einspruch erheben. Sie verlangen eine Vorzugsstellung angesichts der Wichtigkeit ihrer Mission im besetzten Gebiet. (Wir können diese so wichtige Mission sofort entbehren!)

Neue Beratungen in London.

London, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Die Ministerpräsidenten von Frankreich und Rumänien, der italienische Minister des Äußern und die französischen Minister für die Lebensmittelversorgung und die Schiffahrt sind in London eingetroffen, um den Sitzungen des Obersten Rates beizuwohnen.

Die amerikanischen Vorbehalte gegen den Friedensvertrag.

Washington, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Reuterbüro meldet: Der amerikanische Senat hat mit 33 gegen 32 Stimmen einen Antrag auf Abänderung des Vorbehalts Lodges bezüglich des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund abgelehnt. Die unversöhnlichen Vertragsgegner von der republikanischen Partei gingen bei der Abstimmung mit den Demokraten zusammen. Der Senat nahm darauf mit 45 gegen 20 Stimmen wieder den ursprünglichen Wortlaut des Vorbehaltes Lodges an.

Nationalistische Radaubrüder.

Stuttgart, 23. Febr. (T.-U.) In einer hier gestern stattgefundenen Versammlung der Friedensgesellschaft führten nationalistische Elemente Stimmungen herbei. Schon der erste Redner, der bayrische Finanzminister Dr. Streefer, wurde beständig unterbrochen. Als dann Professor Dr. Nikolai sprechen wollte, wurden gegen ihn Beschimpfungen geschleudert, die eine Schlägerei zwischen Anhängern der Friedensgesellschaft und den Nationalisten auslöste, wobei einige Teilnehmer verletzt wurden.

Englische Beruhigung für Indien.

London, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Wie die englischen Blätter melden, ist der Vizekönig von Indien von dem Beschluß der Alliierten verständigt worden, daß der Sultan in Konstantinopel bleiben soll. Es sind Vorkehrungen getroffen, um diese Tatsache in ganz Indien amtlich bekannt zu geben. (Speck für die Mäuse!)

Irkutsk von den Bolschewisten besetzt.

Wladiwostok, 23. Febr. (Priv.-Telegr.) Verspätet eingetroffen. Die Sowjetarmee hat der Armee des Generals Koppel eine Niederlage zugefügt. Die Bolschewisten sind in Irkutsk eingezogen und haben mit den Tschechen einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Angriffe auf Polizeistationen in London.

London, 23. Febr. (T.-U.) Während der vorletzten Nacht wurden mehrere wohlorganisierte Angriffe auf Londoner Polizeistationen unternommen. Im Handumdrehen wurde ein Schußmann getötet und mehrere verwundet. Verschiedene Zivilpersonen wurden verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200224-12/fragment/page=0007